

**Allianz "Rechtssicherheit
für politische Willensbildung":**

Gemeinnützigkeitsrecht und Advocacyarbeit, Fortführung

Projektnummer: P-DEU-2023-5016

Evaluationsbericht

Juni, 2024

Joana Ebbinghaus (ebbinghaus@socius.de)
SOCIUS eG
Tempelhofer Ufer 21
10963 Berlin

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	ii
Liste der Abkürzungen	iv
1 Einführung.....	1
2 Methodisches Vorgehen	1
3 Kontext und Programm/Projektbeschreibung	2
3.1 Projektträger	2
3.2 Projektziele und -design	3
3.3 Rahmenbedingungen	6
3.3.1 Allgemeine rechtliche Rahmenbedingungen	6
3.3.2 Politische Rahmenbedingungen.....	7
4 Ergebnisse der Evaluation.....	9
4.1 Relevanz.....	9
4.2 Kohärenz	12
4.3 Effektivität.....	13
4.4 Effizienz	17
4.4.1 Ressourcenmanagement und Arbeitsweise	17
4.4.2 Teamdynamik und interne Strukturen.....	17
4.4.3 Finanzierungsmodell	17
4.4.4 Optimierungspotenzial.....	18
4.5 Wirkungen.....	18
4.6 Bewertung der Projektzielerreichung (BfdW Förderung)	20
5 Perspektiven für die Zukunft und Nachhaltigkeit der Arbeit der Allianz.....	21
5.1 Erwartungen an die Entwicklung der Rahmenbedingungen für politisches Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen	21
5.2 Optionen für die Zukunft bzw. die mögliche Weiterentwicklung der Allianz.....	22
5.2.1 1. Option: Die Allianz wird irgendwann zu Grabe getragen	22
5.2.2 2. Option: Fortführung der Allianz als „Single-Issue“ Organisation	23
5.2.2.1 Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation	23
5.2.2.2 Fokus auf Ausbau des Finanzierungsmodells und Aktivierung der Mitglieder	24
5.2.2.3 Merger-Frage: Vor- und Nachteile einer Fusion.....	24
5.2.2.4 Nutzung der Zeit bis zu einer neuen arbeitsfähigen Regierung	24
5.2.3 3. Option: Ausweitung und Neujustierung der Ziele der Allianz	25
5.2.3.1 Strategische Ausweitung	25
5.2.3.2 Strukturelle Anpassungen und Ausweitungen	26
6 Schlusswort	27
7 Literaturverzeichnis	29
Annex 1: Anonymisierte Übersicht der Interviewpartner.....	31
Annex 2: Terms of Reference	32

Zusammenfassung

Die Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ wurde im Jahr 2015 gegründet, um die rechtlichen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich politisch engagieren, zu verbessern. Der vorliegende Evaluationsbericht, der im Juni 2024 erstellt wurde. Der Evaluationsbericht beleuchtet die Relevanz und Ergebnisse der Allianz aus Sicht verschiedener Akteure und beschreibt Herausforderungen sowie zukünftige Entwicklungsbedarfe im politischen Kontext und der durchgeführten Advocacy-Arbeit.

Die Evaluation basiert auf Methoden der qualitativen Sozialforschung. Im Rahmen dessen wurden insgesamt 21 semi-strukturierte Interviews geführt, darunter Interviews mit Mitgliedern des Teams und der Allianz, politischen Entscheidungsträger:innen, Expert:innen und Vertreter:innen von Stiftungen und Medien. Die Bewertungskriterien im Rahmen der Evaluation folgen den Standards der DAC-Kriterien: Relevanz, Kohärenz, Effektivität, Effizienz, Wirkungen und Nachhaltigkeit.

Die Allianz wird von zivilgesellschaftlichen Akteuren, aber auch von Teilen der Politik bis hin zum Finanzministerium als verlässlicher und sachkundiger Akteur wahrgenommen, der sich erfolgreich für die Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts einsetzt. Sie hat es geschafft, ihre Forderungen in den politischen Diskurs einzubringen und im Koalitionsvertrag zu verankern, was als bedeutender politischer Erfolg gewertet wird. Als zentralster Erfolg wird von Vertreter:innen aller Akteursgruppe die einzigartige Rolle hervorgehoben, welchen die Allianz spielte, die Politik als auch die breitere Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren und es auf die politische Agenda zu bringen.

Ein wesentliches Ergebnis der Allianz war somit die Verankerung des Themas im Koalitionsvertrag der Bundesregierung sowie die Mitwirkung an der Anpassung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung im Jahr 2022, welcher unter anderem politische Betätigung als Mittel zur Verwirklichung satzungsmäßiger steuerbegünstigter Zwecke festhält. Diese Änderungen ermöglichen es gemeinnützigen Organisationen, sich vereinzelt politisch zu äußern, ohne ihre Gemeinnützigkeit zu gefährden.

Trotz dieser Erfolge bleibt die grundsätzliche Reform des Gemeinnützigkeitsrechts aus. Besonders die Blockadehaltung bestimmter politischer Parteien, wie der FDP, hat die weitere Entwicklung erschwert. Darüber hinaus wird die Öffentlichkeitsarbeit der Allianz als ausbaufähig bewertet, insbesondere in Bezug auf die Nutzung der breiten Mitgliederbasis für eine gezieltere politische Mobilisierung.

Die größte Herausforderung für die Allianz bleibt die Sicherstellung langfristiger Rechtssicherheit für politisch aktive zivilgesellschaftliche Organisationen. Obwohl Fortschritte erzielt wurden, insbesondere durch politische Verankerung und die Schaffung von Netzwerken, bleibt der rechtliche Rahmen unklar, was weiterhin Unsicherheiten für zivilgesellschaftliche Akteure schafft. Nichtsdestotrotz haben die Befragten im Rahmen der Evaluation einmütig konstatiert, wie hoch sie die Relevanz die Arbeit der Allianz bis dato einschätzen und dass sie eine bestehende Lücke gefüllt hat – sowie auch eine wesentliche Lücke hinterlassen würde.

Ein weiteres Problem ist die begrenzte finanzielle Stabilität der Allianz, die in der Vergangenheit durch Fördermittel von Brot für die Welt und der Open Society Foundation unterstützt wurde. Es wird deutlich, dass eine Diversifizierung der Finanzierungsquellen notwendig ist, um die Allianz auf solide strukturelle Beine zu stellen. Gleichzeitig stellt sich nach vielen Jahren der intensiven Lobbyarbeit und immer noch begrenzten Fortschritten die Frage, inwieweit sich mit Blick auf das nahende Ende der laufenden Regierungsperiode und einen Reformstaus durch die zerstrittene Ampelkoalition ein begrenztes Zeitfenster für eine grundlegende Reform des Gemeinnützigkeitsrechts zu schließen beginnt. Und darauf folgt die Frage, über welche zukünftigen Entwicklungsperspektiven die Allianz verfügt.

Die Evaluation empfiehlt, die Öffentlichkeitsarbeit der Allianz weiter zu professionalisieren, um eine breitere Sichtbarkeit und Mobilisierung der Mitglieder zu erreichen. Eine mögliche Erhöhung der Mitgliedsbeiträge und eine intensivere Einbindung der Mitglieder könnten die finanzielle Basis der Allianz stärken. Auch die Suche nach philanthropischen Partnern und eine stärkere internationale Vernetzung werden als Optionen genannt.

Darüber hinaus wird empfohlen, die strategische Ausrichtung der Allianz weiterhin auf die rechtliche Absicherung zivilgesellschaftlichen Engagements zu konzentrieren und dabei gezielt neue Kommunikations- und Advocacy-Ansätze zu entwickeln, um politische Blockaden zu überwinden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Arbeit der Allianz in den letzten Jahren relevant und wesentlich bewertet wird, jedoch andererseits noch Hürden bestehen, um die finanzielle Stabilität der Organisation sicherzustellen, nachhaltige Organisationsstrukturen zu etablieren. Dies stellt wiederum die Basis dar, um mit einem langen Atem weiter den politischen Diskurs zu befruchten und zu beeinflussen.

Liste der Abkürzungen

AEAO	Anwendungserlass zur Abgabenordnung
AO	Abgabenordnung
BAGFW	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
BBE	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
BfdW	Brot für die Welt
BfG	Bündnis für Gemeinnützigkeit
BFH	Bundesfinanzhof
ECNL	<i>European Center for Non-Profit Law</i>
EU	Europäische Union
GFF	Gesellschaft für Freiheitsrechte
GS	Geschäftsstelle
ICNL	<i>The International Center for Not-For-Profit Law</i>
NGO	<i>Non-governmental organisation</i> = Nicht-Regierungsorganisation
ÖA	Öffentlichkeitsarbeit
OSF	<i>Open Society Foundation</i>

1 Einführung

Die Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" e.V. setzt sich seit ihrer Gründung im Juli 2015 dafür ein, die rechtlichen Rahmenbedingungen für politisches Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland zu verbessern. Als Zusammenschluss von jetzt etwa 200 Organisationen aus verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft hat die Allianz das Ziel, den rechtlichen Schutz und die Handlungsfähigkeit von Initiativen, Vereinen und Verbänden zu stärken, die sich aktiv in den politischen Diskurs einbringen. Der vorliegende Evaluationsbericht legt den Fokus darauf, die Relevanz der Arbeit der Allianz und ihre wesentlichen Ergebnisse aus der Perspektive verschiedener Akteursgruppen zu beleuchten. Er beschreibt wesentliche Herausforderungen und zukünftige Entwicklungsbedarfe der Allianz im Kontext der politischen Rahmenbedingungen. Der Bericht verfolgt andererseits nicht den Anspruch, die Zielerreichung im Kontext der politischen Entwicklungen und Dynamiken zu analysieren, da hierzu die Datenbasis fehlt.

Die Arbeit der Allianz wurde seit Anbeginn zu wesentlichen Teilen durch Beiträge ihrer Mitgliedsorganisationen sowie Einzelspenden finanziert. Externe Fördermittel von Brot für die Welt (BfdW) bildeten seit 2016 ein zusätzliches stabiles Standbein. Von März, 2020 bis August, 2022 kam noch eine weitere institutionelle Förderung der Open Society Foundation (OSF) hinzu. Im Rahmen der vorliegenden Projektphase mit einer Laufzeit vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2024 wurde die Allianz von BfdW unter dem Projekttitel „Gemeinnützige Rechte und Advocacy-Arbeit“ (Fortsetzung) mit einem Budget von 48.000 EUR gefördert. Der Gesamtförderungsbetrag seit 2016 liegt damit bei 170.000 EUR. Das bevorstehende Ende der Förderphase ist der Anlass für diese Evaluation. Gleichzeitig hatte die derzeitige Bundesregierung für 2023/24 eine Änderung des Gemeinnützigenrechts in Aussicht gestellt, worauf das Organisationsziel der Allianz ausgerichtet ist. Die derzeitigen politischen Rahmenbedingungen und Entwicklungen stellen somit einen weiteren Anlass dar, innezuhalten, den Stand der Zielerreichung zu bewerten sowie Optionen für zukünftige strategische Anpassungen zu diskutieren.

Die Ergebnisse dieser Evaluation dienen somit der Rechenschaftslegung gegenüber der Fördergeber:in, der internen Reflexion, aber sollen auch als Grundlage dienen für Diskussionen über mögliche zukünftige Strategien und Kooperationen innerhalb der Allianz, im politischen Feld und darüber hinaus.

Die Evaluation wurde durchgeführt von Joana Ebbinghaus der SOCIUS Organisationsberatung. Die Interviews wurden zwischen dem 27. Februar 2024 und dem 7. April 2024 geführt und die Ergebnisse der Evaluation im Rahmen einer Beiratssitzung am 30. April 2024 mit den Mitgliedern des Beirats diskutiert.

2 Methodisches Vorgehen

Das Vorgehen der Evaluation orientierte sich an Methoden der qualitativen Sozialforschung. Dazu gehörten die Sichtung und Analyse von Projektdokumenten ebenso wie die Auswertung von Sekundärdaten sowie weiterer Referenzliteratur. Die Bereitstellung von Informationen, Analysen juristischer Dokumente und die Einordnung aktuellen politischen Handels stellt einen Teil der Leistungen der Allianz für ihre Mitglieder. Von daher diente die Webseite der Allianz einerseits als zentrale Informationsquelle zur Bewertung des rechtlichen Rahmens dar mit ihrer systematischen Zusammenschau zentraler Dokumente und Analysen und war gleichzeitig als zentrales Ergebnis auch Objekt der Evaluation. Die Evaluation folgt mit der Nutzung der sogenannten DAC-Kriterien auch

internationalen Standards für die Umsetzung von externen Evaluationen entlang der Bewertungsmaßstäbe Relevanz, Kohärenz, Effektivität, Effizienz, Wirkungen und Nachhaltigkeit.¹

Auf der Basis eines Interviewleitfadens wurden insgesamt 21 rund einstündige semi-strukturierte online Interviews mit Schlüssel Akteuren zentraler Akteursgruppen geführt. Wo möglich, gab es ein Bemühen, den Prinzipien der Triangulation zu folgen – also Aussagen und Ergebnisse durch unterschiedliche Perspektiven zu validieren.

Das Sampling setzte sich aus Vertreter:innen der folgenden Gruppen zusammen: Büro-Team, ehemalige und derzeitige Beiratsmitglieder, (externe) Expert:innen, Verbände / Förder:innen, Politik sowie Medien. Die folgende Übersicht zeigt dabei die quantitative Verteilung der Interviewten:

Gruppe	Anzahl der Interviews
Team	3
Mitglieder (einfache Mitglieder, ehemalige und derzeitige Beiratsmitglieder)	7
Expert:innen	3
Verbände / Financiers	4
Politik	3
Presse	1
SUMME	21 Interviews

Die zentrale Herausforderungen in der methodischen Umsetzung der Evaluation war es, die Bereitschaft der erwünschten Interviewpartner:innen für ein Gespräch zu sichern und entsprechende Termine zu finden. Die Mitglieder der Allianz, die auskunftsähig sind die Aktivitäten und die Relevanz der Allianz betreffend, sind in der Regel Teil der Geschäftsführung mittelgroßer bis großer zivilgesellschaftlicher Organisationen mit dichten Terminkalendern. Innerhalb der Politik sind die zentralen Dialogpartner:innen in der Regel hochrangige Politiker und Politikerinnen bzw. Vertreter:innen aus Ministerien. Mit einigen erwünschten Gesprächspartner:innen war es nicht möglich, im Rahmen der Evaluation einen passenden Gesprächstermin zu finden, andere wiederum wollten sich zu einem politisch sensiblen Thema in Zeiten einer zerstrittenen Koalition vermutlich nicht öffentlich äußern und verwiesen zum Teil an andere mögliche Interviewpartner.

Da die Perspektiven in der Bewertung der Arbeit der Allianz sich zwischen den verschiedenen Akteursgruppen zuweilen deutlich unterscheiden bzw. es aufschlussreich ist, welche Perspektive welcher Gruppierung zuzuordnen ist und wann sie nicht voneinander abweichen, sind im folgenden Text zentrale Aussagen der jeweiligen Interviewgruppe jeweils in Klammern () zugeordnet. Da es sich bei Presse nur um eine Person handelt, sind aus Gründen der Anonymität Presse und Experten jeweils zusammengefasst.

3 Kontext und Programm/Projektbeschreibung

3.1 Projektträger

Die Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" (im Folgenden „die Allianz“ genannt) wurde 2015 gemeinsam von 40 Organisationen als direkte Antwort auf den Rechtsstreit um die Gemeinnützigkeit von Attac gegründet. Attac war ein Gründungsmitglied der Allianz, die frühere

1 Siehe z.B. <https://www.oecd.org/en/topics/sub-issues/development-co-operation-evaluation-and-effectiveness/evaluation-criteria.html>, Definition: **Relevance**: is the intervention doing the right things? **Coherence**: how well does the intervention fit? **Effectiveness**: is the intervention achieving its objectives? **Efficiency**: how well are resources being used? **Impact**: what difference does the intervention make? **Sustainability**: will the benefits last?

Attac Geschäftsführerin war langjähriges Mitglied des ehrenamtlichen Beirats der Allianz. Hinter der Gründung stand der Gedanke, dass insbesondere Bewegungsorganisationen, aber letztendlich eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen, vor allem auch Organisationen, die sich im Umweltbereich oder für die Rechte benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen engagieren, aufgrund ungeklärter rechtlicher Rahmenbedingungen direkt von Drohungen des Entzugs der Gemeinnützigkeit betroffen sind bzw. zukünftig sein könnten. Die ständige Unsicherheitslage für politisch aktive zivilgesellschaftliche Organisationen bindet auf der anderen Seite unnötig Zeit und Ressourcen oder kann im Extremfall zu vermeidendem Verhalten führen. Gleichzeitig gab es zum Zeitpunkt der Gründung in der zivilgesellschaftlichen Landschaft hier eine Leerstelle: Es gab keine spezialisierte Organisation mit dem Fachwissen, vor allem politische Lobbyarbeit zu betreiben hinsichtlich der Entwicklung eines modernen Gemeinnützigeitsrechts und andererseits aber auch Angebote für zivilgesellschaftliche Organisationen zu machen, sich informiert zu halten, um eigene Handlungsbedarfe abschätzen zu können.

Die Allianz hat sich die Form einer mitgliederbasierten Interessensvertretung gegeben, die über die Jahre auf 200 Mitglieder angewachsen ist – von europa- und bundesweit tätigen Organisationen, regionalen Akteur:innen bis Stiftungen. Sie nimmt für sich in Anspruch einen spezifischen Subsektor zivilgesellschaftlicher Organisationen zu vertreten – Organisationen, die sich in ihrer Arbeit ausdrücklich in die politische Willensbildung einmischen und dadurch einen wichtigen Beitrag leisten zur Sicherung von Rechtstaatlichkeit und des demokratischen Gemeinwesens.

Sie wird aus Fördermitteln - von Anfang 2020 bis Ende 2023 der Open Society Foundation (OSF) und von 2016 bis Ende 2024 von Brot für die Welt - sowie Mitgliedsbeiträgen und einzelnen Privatspenden finanziert.

Als oberstes Entscheidungsgremium fungiert die Mitgliederversammlung. Die Geschäfte werden geführt durch einen geschäftsführenden Vorstand und etwa zwei Mitarbeitenden in der Geschäftsstelle. Begleitet wird das operative Geschäft durch einen derzeit 5-köpfigen Beirat, der sich aus Führungspersonen zentraler zivilgesellschaftlicher Organisationen und Stiftungen zusammensetzt².

3.2 Projektziele und -design

Die Allianz setzt sich für eine Reform des Gemeinnützigeitsrechts ein. Hierbei spielt die Abgabenordnung (AO) als Teil des Steuerrechts, das jeweils über die Jahressteuergesetze kontinuierlichen Novellen unterliegt, eine zentrale Rolle. Eine zentrale Forderung der Allianz ist hierbei, so fundamentale rechtliche Rahmenbedingungen für das demokratische System nicht ausschließlich dem Finanzministerium und nachgeordneten Finanzbehörden zu überlassen.

Damit zivilgesellschaftliche Organisationen sich wirksam in den politischen Diskurs einbringen können, auf Missstände aufmerksam machen, die Umsetzung bestehenden Rechts einfordern können und somit einen wesentlichen Beitrag zu einem lebendigen demokratischen System leisten können, benötigen sie selbst Rechtssicherheit. Zivilgesellschaftliche Organisationen nehmen im Sinne der Allianz eine wichtige Aufgabe in der politischen Willensbildung und zum Schutz von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wahr, ohne dabei politische Partei zu sein. Das Basisrecht zivilgesellschaftlicher Organisationen ist das Gemeinnützigeitsrecht.

Sie fordert insbesondere:

- **Klarstellung und Erweiterung der gemeinnützigen Zwecke:** Die Funktion zivilgesellschaftlicher Organisationen sollte über Dienstleistungen hinaus anerkannt

² Derzeit sind dies Vertreter:innen der Deutschen Umwelthilfe, der Maecenata Stiftung, des Bundesverbandes Freier Alternativschulen, von Digitalcourage und von Mehr Demokratie e.V.

werden, insbesondere in ihrer Rolle als „Wächter und Themenanwälte, auch als Selbstvertretung und Empowerment“³. Zum einen geht es um die Ergänzung des Katalogs der als gemeinnützig anerkannten Organisationszwecke um die Förderung von Menschen- und Grundrechten, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Zum anderen geht es auch darum, Advocacy Prozesse und politische Bewusstseinsbildung als legitimen Teil der Maßnahmen in als gemeinnützig anerkannten Feldern gemeinnützig anerkannt werden.⁴

- **Rechtssicherheit für zivilgesellschaftliches Engagement über eigentlichen Zweck hinaus:** Die Allianz strebt an, dass Organisationen deren Hauptbetätigungsfeld unter die anerkannten Zwecke fällt, ohne die Gefahr des Entzugs ihrer Gemeinnützigkeit sich jederzeit auch mit politischen Forderungen oder Stellungnahmen zu Wort melden können.
- **Gestärkte Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen in demokratischen Beteiligungsprozessen:** Zivilgesellschaftliche Organisationen sollen sich explizit mit Beteiligungsverfahren auf kommunaler Ebene, auf Ebene der EU oder international beschäftigen können.
- **Vereinfachung der Auslandstätigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen** durch eine Aufhebung der Maßgabe in der Abgabenordnung, dass geförderten Personen ihren Wohnsitz in Deutschland haben oder dass durch die Tätigkeiten zum Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland beigetragen wird.
- **Aufhebung der Beweislastumkehr:** Der Gesetzgeber geht laut Paragraph 51 der Abgabenordnung (AO) davon aus, dass Organisationen, die vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft werden, automatisch nicht die Bedingungen der Gemeinnützigkeit erfüllen. Anders als bei einem Vereinsverbot muss nicht die Exekutive beweisen, dass ein Verein verfassungswidrig handelt, sondern die Organisation muss ihre Verfassungstreue beweisen. Gefordert wird eine Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips.

Die Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" setzt sich aktiv für die Reform des Gemeinnützigeitsrechts in Deutschland ein. Ihre Aktivitäten umfassen eine breite Palette von Maßnahmen, die vor allem darauf abzielen, das Bewusstsein für die Problematik zu schärfen und konkrete rechtliche Veränderungen zu bewirken. Darüber hinaus richtet die Allianz auch viele Aktivitäten als Serviceleistungen an die Mitglieder.

Hauptaktivitäten der Allianz:

1. **Lobbyarbeit und politische Kampagnen:** Die Allianz führt gezielte Lobbyarbeit bei politischen Entscheidungsträgern durch, um ihre Forderungen nach einer Reform des Gemeinnützigeitsrechts zu unterstreichen. Sie organisiert Gespräche mit Abgeordneten, Ministerien und anderen relevanten Akteuren, um ihre Anliegen direkt in den politischen Prozess einzubringen.
2. **Öffentlichkeitsarbeit:** Durch Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Kampagnen und soziale Medien macht die Allianz auf die Probleme aufmerksam, mit denen gemeinnützige Organisationen konfrontiert sind. Sie informiert die Öffentlichkeit und schafft Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Reform.
3. **Aufklärung und Vernetzung:** Die Allianz bietet über regelmäßige Newsletter und bereitgestellte Informationen und Berichte auf ihrer Website einen fundierten Informationsdienst für ihre Mitglieder und andere interessierte Nutzer:innen. Gleichzeitig bietet sie eine Plattform für den Austausch unter den Mitgliedsorganisationen. Sie fördert

³ Allianz „Rechtsicherheit für politische Willensbildung“, 2021, Sofortmaßnahmen zur Änderung der Abgabenordnung.

⁴ Folgende Zwecke werden derzeit als eindeutig gemeinnützig anerkannt: Förderung von Wissenschaft, Bildung, Kunst, Religion, Umweltschutz, Sport, Jugend- und Altenhilfe, Menschenrechte, Völkerverständigung und Entwicklungszusammenarbeit.

die Vernetzung und den Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, um gemeinsame Strategien zu entwickeln und sich gegenseitig zu unterstützen.

4. **Studien und Gutachten:** Die Allianz initiiert und veröffentlicht Studien und Gutachten, die die Problematik untersuchen und fundierte Argumente für eine Reform des Gemeinnützigekeitsrechts liefern. Diese Dokumente dienen als Grundlage für ihre Lobbyarbeit und Öffentlichkeitsarbeit.
5. **Direkte Unterstützung:** In begrenztem Maße bietet die Allianz auch Hilfe in Rechtsfragen, unter anderem durch Bereitstellung von Handreichungen, aber vor allem durch Weiterverweis in individuellen Rechtsfragen und -herausforderungen.

Durch diese vielfältigen Aktivitäten arbeitet die Allianz darauf hin, eine rechtliche Umgebung zu schaffen, in der gemeinnützige Organisationen ohne Angst vor dem Verlust ihrer Gemeinnützigkeit politisch tätig sein können

Vor der Gründung der Allianz gab es keine koordinierte, breit aufgestellte Initiative, die sich systematisch und öffentlichkeitswirksam für die Reform des Gemeinnützigekeitsrechts einsetzte. Während große NGOs oder Mitglieder von Dachverbänden in der Regel Zugang zu interner Rechtsberatung haben, standen viele zivilgesellschaftliche Organisationen, insbesondere kleinere NGOs, vor der Herausforderung, sich eigenständig ihren Weg zu bahnen, ihr Betätigungsfeld mit dem strengen deutschen Gemeinnützigekeitsrecht in Einklang zu bringen. Dabei hatten sie keine gemeinsame Plattform, um auf politischer Ebene Einfluss zu nehmen oder sich rechtlich abzusichern.

Im Rahmen der Projektförderung durch Brot für die Welt lauteten die Ziele und Indikatoren zur Messung der Zielerreichung bis Ende 2024 wie folgt:

Ziel/e	Indikator/en
Ziel 1	Indikator 1.1 Die Regierung schafft Rechtssicherheit für zivilgesellschaftliche Organisationen, die (auch) zur politischen Willensbildung beitragen.
	Indikator 1.2 Bis Projektende, setzen Bundesfinanzministerium und Landesfinanzministerien diese Änderungen im Anwendungserlass zur Abgabeordnung um.
Ziel 2	Indikator 2.1 Die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen in einer modernen Demokratie wird gestärkt und geschützt.
	Indikator 2.2 Der Bundestag oder seine Gremien beraten über Möglichkeiten, die Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements zu stärken (z.B. durch Errichtung einer Enquete-Kommission, Schaffung eines verantwortlichen Hauptausschusses im Bundestag). Bis Projektende, legt mindestens eine der Regierungsparteien bzw. -fraktionen ein Konzept zum nachhaltigen Schutz und Stärkung von zivilgesellschaftlicher Beteiligung in einer modernen Demokratie vor.

3.3 Rahmenbedingungen

3.3.1 Allgemeine rechtliche Rahmenbedingungen

Das herrschende Gemeinnützigkeitsrecht in Deutschland stellt gemeinnützige Organisationen vor verschiedene Herausforderungen, insbesondere wenn sie sich zu aktuellen politischen Themen politisch engagieren möchten. Die Probleme lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Enger Zweckkatalog des Gemeinnützigkeitsrechts

Das Gemeinnützigkeitsrecht definiert in der Abgabenordnung (§ 52 AO) einen engen Katalog von Zwecken, die als gemeinnützig anerkannt werden können, wie z. B. Bildung, Wissenschaft, Umwelt- oder Tierschutz. Politische Betätigung ist nicht explizit als gemeinnütziger Zweck aufgeführt. Daher müssen Organisationen, die sich politisch engagieren, sicherstellen, dass ihr Engagement direkt mit einem dieser gemeinnützigen Zwecke verknüpft ist. Dies führt oft zu Unsicherheit und der Gefahr, die Gemeinnützigkeit zu verlieren.

2. Einschränkung des politischen Engagements

Politische Tätigkeiten, die nicht unmittelbar der Verwirklichung eines gemeinnützigen Zwecks dienen, können als „politisch“ im engeren Sinne und nicht als gemeinnützig angesehen werden. Gemeinnützige Organisationen dürfen laut Rechtsprechung nur insoweit politisch tätig sein, wie es der Erfüllung ihres gemeinnützigen Zwecks dient und keine allgemeine politische Einflussnahme zum Ziel hat. Dies schränkt die Möglichkeiten ein, sich zu aktuellen politischen Themen zu äußern oder in politischen Debatten aktiv zu werden, insbesondere wenn diese über den direkten Rahmen des satzungsgemäßen Zwecks hinausgehen.

3. Rechtsunsicherheit und Gefahr des Entzugs der Gemeinnützigkeit

Ein wesentliches Problem ist die Rechtsunsicherheit. Es gibt keine klaren Richtlinien, wann ein politisches Engagement noch als gemeinnützig gilt und wann nicht. Diese Unklarheit führt dazu, dass Organisationen vorsichtig agieren müssen, um nicht das Risiko einzugehen, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Der Fall der Nichtregierungsorganisation „Attac“, der 2019 zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit durch den Bundesfinanzhof führte, ist ein prominentes Beispiel für diese Unsicherheit. Der BFH argumentierte, dass Attac eine politische Zweckverfolgung betreibe, die nicht durch die Abgabenordnung gedeckt sei.

4. Problem der Unmittelbarkeit

Das Gemeinnützigkeitsrecht verlangt, dass gemeinnützige Organisationen ihre Zwecke unmittelbar verfolgen. Politische Kampagnen, die beispielsweise langfristige politische Veränderungen anstreben oder breite gesellschaftliche Diskussionen anstoßen sollen, können daher problematisch sein, da der unmittelbare Bezug zum gemeinnützigen Zweck oft schwer nachzuweisen ist.

5. Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Realität und Gesetzgebung

Es gibt eine wachsende Diskrepanz zwischen der gesellschaftlichen Realität, in der viele Organisationen sich notwendigerweise auch politisch äußern, und dem Gemeinnützigkeitsrecht, das dies nur sehr eingeschränkt zulässt. In vielen gesellschaftspolitischen Themen, wie Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit oder Flüchtlingshilfe, ist politisches Engagement unabdingbar. Dennoch zwingt das Gemeinnützigkeitsrecht Organisationen, ihre politische Tätigkeit stark zu begrenzen oder sich durch komplexe rechtliche Konstruktionen abzusichern.

6. Hindernis für Demokratie und gesellschaftliches Engagement

Die strengen Vorschriften des Gemeinnützigkeitsrechts können letztlich dazu führen, dass gemeinnützige Organisationen in ihrer Fähigkeit eingeschränkt werden, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen und gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen. Dies steht in einem Spannungsverhältnis zu der Rolle, die diese Organisationen häufig als Sprachrohr für gesellschaftliche

Anliegen und benachteiligte Gruppierung sowie als Akteure des zivilgesellschaftlichen Engagements einnehmen.

Zusammengefasst stellt das aktuelle Gemeinnützigkeitsrecht in Deutschland ein erhebliches Hindernis für gemeinnützige Organisationen dar, die sich politisch engagieren wollen. Die Einschränkungen können dazu führen, dass wichtige gesellschaftliche Themen nicht in der notwendigen Weise adressiert werden, was negative Auswirkungen auf die demokratische Willensbildung und die gesellschaftliche Teilhabe haben kann.

Die Auseinandersetzungen um die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac begannen 2014, als das Finanzamt Frankfurt dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac die Gemeinnützigkeit zunächst entzogen hatte. Dies wurde damit begründet, dass Attac sich zu stark politisch engagiere und damit nicht mehr ausschließlich gemeinnützige Zwecke verfolge. Attac wehrte sich dagegen und erlangte 2016 durch ein Urteil des Hessischen Finanzgerichts die Gemeinnützigkeit zurück.

Im Februar 2019 entschied der Bundesfinanzhof (BFH) jedoch endgültig, dass Attac nicht gemeinnützig ist. Das Gericht argumentierte, dass Attac politische Kampagnen betreibe, die über die satzungsmäßigen gemeinnützigen Zwecke hinausgingen. Dieser Entscheidung folgte ein langwieriger Rechtsstreit, und obwohl die öffentliche Debatte über die Notwendigkeit einer Reform des Gemeinnützigkeitsrechts in Deutschland weitergeht, hat Attac seine Gemeinnützigkeit bis heute nicht zurückerhalten.

Diese rechtliche Auseinandersetzung führte zu einer breiten öffentlichen Debatte über das Gemeinnützigkeitsrecht in Deutschland und dessen Eignung, zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern. Kritiker argumentieren, dass das Urteil zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrem politischen Engagement stark einschränkt. Befürworter hingegen betonen die Notwendigkeit einer klaren Abgrenzung zwischen gemeinnütziger Arbeit und politischer Einflussnahme.⁵

Das Attac Urteil war so etwas wie ein Weckruf für zivilgesellschaftliche Organisationen, deren Fokus darauf liegt, politische Rahmenbedingungen zu beeinflussen oder für die ein politisches Engagement Teil einer logischen Folge und Ergänzung zu Hauptaktivitäten im Bereich Menschen- oder Minderheitenrechte oder z.B. im Umweltbereich sind. Und gleichzeitig hat die Kontroverse um das Attac Urteil auch eine breitere Diskussion über das deutsche Gemeinnützigkeitsrecht ausgelöst, insbesondere darüber, wie dieses Recht politische Aktivitäten von Organisationen einschränkt und somit zivilgesellschaftliches Engagement als wichtige Säule eines demokratischen Systems den Boden nimmt.

Laut des ZiviZ Survey von 2023 würden sich 5 % der gemeinnützigen Organisationen in Deutschland gerne stärker politisch einbringen, sehen dabei aber Gefahren für ihren Gemeinnützigkeitsstatus. Auch wenn Organisationen im Umweltschutz und der internationalen Solidarität besonders betroffen sind – Verunsicherung besteht in ganz unterschiedlichen Bereichen der Zivilgesellschaft.⁶

3.3.2 Politische Rahmenbedingungen

Angesichts der oben beschriebenen Kontroversen hatte sich die Koalition aus SPD, FDP und Grünen in ihrem Koalitionsvertrag die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts vorgenommen und dabei insbesondere fünf Ziele benannt:

1. Politische Betätigung gemeinnütziger Organisationen: Die Koalition wollte klarstellen, dass sich gemeinnützige Organisationen auch politisch innerhalb ihrer Zwecke engagieren dürfen.

5 Poppe, Annika Elena; Wolff, Jonas (2017), „Schlechtes Vorbild Deutschland. Der Fall Attac im Licht globaler Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume“, in: PRIF Spotlight 02/2017, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

6 Schubert, P.; Ens, M.; Tahmaz, B., Gefährdet Politische Arbeit den Status der Gemeinnützigkeit? Empirische Funde, Rechtslage und Handlungsbedarfe, in: Policy Paper No. 7, August 2023, Stifterverband.

Zudem sollten tagespolitische Stellungnahmen im Kontext ihrer Satzungszwecke möglich sein, ohne dass die Gemeinnützigkeit gefährdet wird.

2. Erweiterung des Zweckkatalogs: Es wurde geplant, neue gemeinnützige Zwecke wie E-Sport und Non-Profit-Journalismus in die Abgabenordnung aufzunehmen und weitere Ergänzungen zu prüfen.
3. Erleichterungen bei Sachspenden: Es sollten bürokratiearme Regelungen für Sachspenden geschaffen werden, um Unternehmen zu ermutigen, nicht verwendbare Güter zu spenden, anstatt sie zu vernichten.
4. Erleichterung grenzüberschreitende Tätigkeiten im gemeinnützigen Bereich
5. Transparenz: Einerseits größere gemeinnützige Organisationen, andererseits politisch tätige Organisationen sollten verpflichtet werden, ihre Spendenstruktur und Finanzierung offenzulegen, um mehr Transparenz zu gewährleisten.

Trotz dieser ambitionierten Pläne wurden bis zur Erstellung dieses Berichts im Juni 2024 einige Schritte in Richtung einer Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts unternommen, allerdings blieben wesentliche Reformen bisher aus. Eine interministerielle Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, um diese Reformen im Jahressteuergesetz zu verankern, jedoch wurden bisher keine umfassenden Fortschritte erzielt. Insbesondere die FDP auf der einen und die Grünen und die SPD auf der anderen Seite konnten bisher keine Einigung erzielen über die Inhalte der Gesetzesnovelle.

4 Ergebnisse der Evaluation

4.1 Relevanz

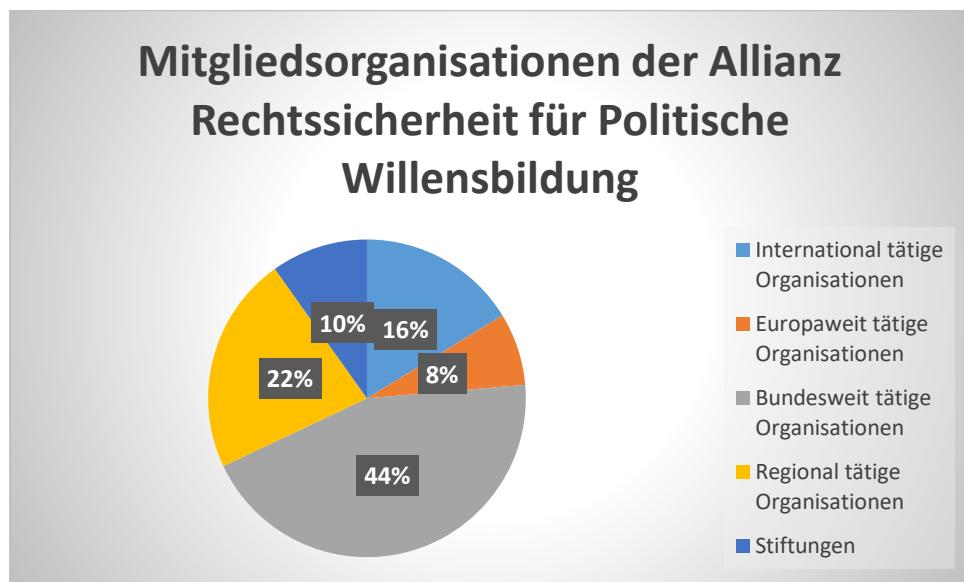
Zentrale Fragen zur Bewertung der Relevanz der Arbeit der Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" lauteten: Wen vertritt die Allianz? Welche Bedeutung und welcher Stellenwert kommen ihr für verschiedene Zielgruppen zu? Und wer profitiert konkret von ihrer Arbeit und in welcher Weise? Diese Fragestellungen bilden den Ausgangspunkt für eine Analyse der Wahrnehmung und Wirkung der Allianz in der Zivilgesellschaft.

Unterschiedliche Akteure, die im Rahmen dieser Evaluation befragt wurden, nehmen die Allianz auf verschiedene Weisen wahr. Das Spektrum der Antworten umfasste an einem Ende die Wahrnehmung, dass die Allianz primär eine Lobbyorganisation sei, die in erster Linie die Interessen ihrer eigenen Mitglieder vertritt (Stiftungen, Mitglieder, Experten), auch wenn dies letztlich einen indirekten Nutzen für die Gesamtheit zivilgesellschaftlicher Organisationen mit sich bringt (Mitglieder, Presse). Andere Stimmen sehen die Allianz als Vertreterin eines „*kritisch-emancipatorischen Teils der Zivilgesellschaft*“ (Mitglieder), der „*links-alternativen Zivilgesellschaft*“ (Experten/Presse) oder des „*progressiven Spektrums*“ (Mitglieder). Am anderen Ende des Spektrums gab es die Einschätzung, dass die Allianz ein breites Spektrum an zivilgesellschaftlichen Organisationen vertritt (Politik) und deshalb nicht nur als Teil einer spezifischen Bewegung oder Interessengruppe, wie etwa der Attac-Sympathisanten, bezeichnet werden könne. Einzelne Rückmeldungen formulierten es als Kritik, dass die Allianz nicht einen stärkeren Querschnitt durch die zivilgesellschaftliche Landschaft unter ihrem Dach vereinte (inkl. z.B. Sportvereine, kirchliche Organisationen etc.), was möglicherweise mit Erwartungen an eine höhere Akzeptanz im politischen Spektrum verbunden gewesen wäre (Verbände, Experten/Presse).

Die Mehrheit der Respondenten war sich einig, dass die große Stärke der Allianz ausmacht, dass sie mit einer unbestrittenen Fachexpertise klar für ein Thema antritt. Gerade die thematische Orientierung als geteiltes Interesse von mehr als 200 Organisationen verleiht der Allianz grundsätzlich eine starke Glaubwürdigkeit. Dies wurde sowohl von Mitgliedern bzw. zivilgesellschaftlichen Akteur:innen als auch aus der Politik einmütig konstatiert. Nichtsdestotrotz ist es auch eine wenig genutzte Chance geblieben, dass die Vielzahl und diversen Mitgliedsorganisationen nach außen hin nicht als Vertreter:innen der Allianz sichtbar geworden sind und sich geäußert haben. Gerade vor diesem Hintergrund ist das Gesicht der Allianz in der Außenwahrnehmung besonders durch die Person und Biographie ihres geschäftsführenden Vorstandes geprägt worden. Verschiedene Rückmeldungen haben darin ein Erfolgskriterium ausgemacht, dass die Allianz so schnell starke Netzwerke innerhalb des progressiven Teils der Zivilgesellschaft aufbauen konnte. Gleichzeitig wird die klare politische Verortung vereinzelt auch als Einschränkung benannt, Netzwerke und Kooperationen in andere Bereiche hinein aufzubauen

Eine breiter aufgestellte Allianz z.B. mit Koalitionen zu etablierten Akteuren wie Gewerkschaften oder großen Wohlfahrtsverbänden, wie von einzelnen Interviewpartnern gefordert, erscheint an dieser Stelle als wenig realistisches Szenario. Zum einen verfügen derartige Verbände in der Regel über eigene interne juristische Expertise. Eine enge Zusammenarbeit mit der Allianz hätte für diese wahrscheinlich nicht ausreichend Attraktivität. Zum anderen hat die Allianz sich bis dato mit begrenzten Strukturen auch eine große Flexibilität und Wendigkeit bewahren können, schnell auf politische Entwicklungen reagieren zu können.

Graphik: Aufteilung der Summe der 203 Mitgliedsorganisationen der Allianz entsprechend ihrer hauptsächlichen Wirkungsfelder⁷



Seit dem Beginn des Verfahrens gegen Attac hat die Anzahl der vom Finanzamt oder Bundesfinanzhof belannten Organisationen stetig zugenommen. Zu diesen gehören z.B. die Folgenden:

Organisation	Ereignisse und Auswirkungen
Campact	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinnützigkeit im Oktober 2019 nach BFH-Urteil aberkannt. - Politische Kampagnen wurden nicht als gemeinnützig anerkannt. - Campact hat keine weiteren rechtlichen Schritte eingeleitet.
Greenpeace	<ul style="list-style-type: none"> - Mehrere Versuche, die Gemeinnützigkeit zu entziehen, blieben erfolglos. - 2004 Überprüfung nach Castor-Blockaden 2021 Diskussion nach - Protestaktion in München während Fußball-Europameisterschaft, Politiker wie Friedrich Merz (CDU) und Markus Söder (CSU) forderten Entzug, da Aktionen auch Menschenleben gefährdet haben, bis dato keine Aberkennung
Mehr Demokratie e.V.	<ul style="list-style-type: none"> - Mehrfach Ziel von Versuchen, die Gemeinnützigkeit zu entziehen aufgrund des Engagements für mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung. - Bisher konnte Status verteidigt werden, da keine Grundlage zur Aberkennung gefunden wurde.
Deutsche Umwelthilfe	<ul style="list-style-type: none"> - Wiederholte politische Angriffe, insbesondere von CDU, CSU und FDP. - Vorwürfe wegen Abmahnpraxis und politischer Kampagnen, wie beispielsweise das Vorantreiben von Diesel-Fahrverboten, als unvereinbar mit gemeinnützigen Zwecken. - Gemeinnützigkeit bisher erfolgreich verteidigt.
innn.it	<ul style="list-style-type: none"> - Seit 2019 Rechtsstreit um Gemeinnützigkeit wegen Petitionen an Unternehmen. - 2023 Gerichtsentscheid zugunsten von innn.it: Finanzgericht Berlin-Brandenburg entschied, dass die Plattform die Förderung des demokratischen Staatswesens unterstützt - Finanzamt Berlin legte Revision ein

⁷ Die international tätigen Organisationen haben in der Regel auch Arbeitsfelder innerhalb Deutschlands, z.B. Bildungsarbeit, Netzwerkarbeit oder politische Lobbyarbeit. Gleichzeitig sind unter den Mitgliedern auch Organisationen, die sowohl regional als auch bundesweit tätig sind, inclusive die Stiftungen. Bei dieser Übersicht geht es um eine grobe Orientierung was den Charakter und die Vielfalt der Mitgliedsorganisationen angeht.

INKOTA netzwerk e.V.	<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklungspolitische Organisation mit Sitz in Berlin, die sich für global Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit einsetzt - Mehrfach Ziel von Versuchen, ihre Gemeinnützigkeit infrage zu stellen aufgrund von Protestaktionen gegen ungerechte Handelsstrukturen - Bislang erfolgreiche Verteidigung der Gemeinnützigkeit
Demokratisches Zentrum Ludwigsburg e.V. (DemoZ)	<ul style="list-style-type: none"> - engagiert sich gegen Rechtsextremismus und für politische Bildung in der Region Ludwigsburg - 2019 Entzug der Gemeinnützigkeit, da Aktivitäten aus Sicht des Finanzamts zu stark politisch geprägt seien.

Es zeigt sich, dass genau die kritisch-emancipatorischen Organisationen, welche die Allianz in ihrer Mitgliedschaft vereint und die eher dem linken politischen Spektrum zuzurechnen sind, vor dem Hintergrund des noch ungeklärten Gemeinnützigkeitsrecht, Gefahr laufen, rechtlich belangt zu werden. Der Raum für eine lebendige Zivilgesellschaft ist somit sichtbar enger geworden und die Herausforderungen für zivilgesellschaftliches Engagement haben zugenommen. Als Folge der fehlenden Rechtssicherheit verliert außerdem auch die Übernahme von Führungspositionen im Dritten Sektor zunehmend an Attraktivität (Politik, Mitglieder). So haben sowohl Vertreter:innen der Politik als auch der Mitglieder darauf hingewiesen, dass nicht nur ein bestimmtes Spektrum von mehr Rechtssicherheit für gemeinnützige Organisationen profitieren würden, sondern dass dieser Art von politischem Engagement auch vor dem Hintergrund der Parteienkrise insgesamt eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung zukommt: Parteien jeglicher Couleur haben Schwierigkeiten, Nachwuchs zu rekrutieren, mehr Bürger engagieren sich in zivilgesellschaftlichen Organisationen als in Parteien. Insbesondere die Interviewpartner aus dem Politikfeld haben klar geäußert, dass es von entscheidender Bedeutung für die Stabilität unseres politischen Systems ist, dass sich Menschen, die sich für gesellschaftliche Ziele engagieren, erleben, sich Gehör verschaffen zu können. Im Umkehrschluss würde es bedeuten, dass eine kontinuierliche Rechtsunsicherheit und weitere spektakuläre Fälle des Entzugs der Gemeinnützigkeit auch zu einer Aushöhlung des Vertrauens gegenüber Politik und politischen Prozessen beitragen würden.

Aber auch große etablierte Stiftungen wie die Robert Bosch Stiftung, die Bertelsmann Stiftung oder die Stiftung Mercator haben sich in einem Offenen Brief gemeinsam mit 5 weiteren großen Stiftung an die Bundesregierung gewandt und die Umsetzung der Ziele des Koalitionsvertrages von mehr Rechtssicherheit für gemeinnützige Organisationen angemahnt.⁸

Zusammenfassend lässt sich sagen, wenn die Allianz - wie auch im Rahmen der vorliegenden Befragung - mit dem Vorwurf konfrontiert wird, „*das Thema größer zu machen, als es ist*“, und dass man mit Blick auf die Breite der politisch aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen immer noch von Einzelfällen sprechen müsste, deren Gemeinnützigkeit bisher von den Finanzbehörden rechtlich in Frage gestellt wurden, dass angesichts der zunehmenden Polarisierung des politischen Klimas eher mit einer Zunahme des Problems zu rechnen ist. So sind sich auch alle Akteur:innen im Feld einige, dass das vorliegende Gemeinnützigkeitsrecht nicht rechtssicher ist, Rechtssicherheit grundsätzlich aber sehr wichtig und erstrebenswert sei. Somit hat die Allianz mit ihrer klaren Ausrichtung auf Verbesserung der Rechtssicherheit bisher eine zentrale Lücke gefüllt, insbesondere für kleine und mittlere Organisationen, die sich aufgrund mangelnder Fachexpertise oft verunsichert fühlen. Aber eine Leerstelle gab es vor der Allianz auch in Bezug auf die notwendige Sensibilisierung für die Relevanz des Themas.

Durch ihre Arbeit leistet die Allianz einen wichtigen Beitrag zur Rechtssicherheit und sorgt dafür, dass die Zivilgesellschaft weiterhin handlungsfähig bleibt und einer zunehmend von den traditionellen Parteien desillusionierten jüngeren Generation Engagementmöglichkeiten bietet. Es bleibt zu erwarten, dass auch im Falle einer Gesetzesnovelle zugunsten des politischen Engagements zivilgesellschaftlicher

⁸ <https://www.maecenata.eu/2024/05/29/pressemitteilung-offener-brief-zur-reform-des-gemeinnuetzigkeitsrechts/>

Organisationen, die Arbeit, einen gesicherten gesetzlichen Rahmen für gemeinnützigen Organisationen herzustellen, noch lange nicht beendet ist. Auch von Seiten des Finanzministeriums wurde bestätigt, dass die Änderung der Abgabenordnung und die Schaffung von mehr Rechtssicherheit für gemeinnützige Organisationen ein „*enorm dickes Brett sei, das einen langen Atem benötige*“ (Politik, Mitglieder).

4.2 Kohärenz

Zentrale Fragen zur Bewertung Kohärenz der Arbeit der Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" lauteten: Was zeichnet die Allianz aus gegenüber anderen Akteuren? Wie abgestimmt war das Handeln?

Die Kohärenz der Arbeit der Allianz zeichnet sich vor allem durch die strategische Einbettung ihrer Tätigkeiten im Kontext anderer Akteure im Feld der politischen Willensbildung aus. Die Allianz weist ein breites Netzwerk auf – von großen zu ganz kleinen Organisationen, von regional zu bundesweit und international operierenden Organisationen in verschiedenen thematischen Feldern - das ein zentrales Alleinstellungsmerkmal ist. Diese Netzwerkarbeit und daraus resultierende Legitimität in den Augen der Öffentlichkeit (Politik) ermöglicht es der Allianz, sich klar von anderen Akteur:innen abzugrenzen - während sie gleichzeitig als komplementärer und strategische Partnerin wahrgenommen wird. Weiteres Alleinstellungsmerkmal ist das klar begrenzte und akzentuiertes Thema und Zielsetzung. Interviewpartner aller Gruppierungen wiesen darauf hin, dass sie das „*single issue*“ Anliegen der Allianz als große Stärke beurteilen, aus der die Allianz auch einen wesentlichen Teil ihrer Legitimität und Unabhängigkeit bezieht.

So stimmten die Charakterisierungen der wesentlichen anderen Player weitestgehend überein - die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) durch ihre rechtliche Expertise vor allem als Thinktank⁹, die Maecenata Stiftung als Forschungseinrichtung, Campact als professionelles Campaigning Organisation (deren eigentliche Interessen und Ziele nicht ganz klar und transparent sind).

Insbesondere aus der Perspektive der Politik werden die verschiedenen Akteure im Feld der Gemeinnützigkeit als wichtig angesehen, aber die Rolle der Allianz wurde besonders hervorgehoben und als sehr professionell beschrieben, was ihren Einfluss also versierte Lobbyorganisation auf die politische Willensbildung belegt. Des Weiteren wird ihre Arbeit von außen aber nicht als isoliert wahrgenommen, sondern als gut abgestimmt mit anderen wichtigen Akteuren. So ist die Allianz selbst seit 2022 Mitglied im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BEE) und beratend im Beirat des Bündnisses für Gemeinnützigkeit (BfG).

Andererseits wird die Allianz auch wahrgenommen, eine strategische **Komplementarität** mit anderen zentralen Organisationen zu generieren. So schafft sie etwa durch die Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Gemeinnützigkeit, einem Zusammenschluss von großen Dachverbänden, unabhängigen Organisationen, Experten und Wissenschaftler auf dem Gebiet der Gemeinnützigkeit, in den Augen einiger Interviewpartner:innen Synergien. Hier wurde hervorgehoben, dass im Wechselspiel mit diesem großen Bündnis, das einerseits über eine hohe politische Legitimität verfügt, aber eher mit abgeschwächten konsensfähigen Positionen auftritt, die Allianz bzw. ihr Vorstand als Mitglied des Beirats bewusst eine zugespitztere und provozierendere Rolle wahrnehmen kann und zum Nutzen aller ausspielen kann (Stiftungen).

Somit wird die Allianz explizit nicht als im Wettbewerb mit anderen Akteuren wahrgenommen, sondern ergänzend und bereichernd durch ihr unterschiedliches Mandat, aber auch ihre Flexibilität und Unabhängigkeit, politische Positionen aus der langjährigen Expertise heraus vertreten zu können und nicht erst langwierig mit Mitgliedern abstimmen zu müssen. Diese Fähigkeit zur Zusammenarbeit einerseits und strategischen Abgrenzung andererseits sorgt dafür, dass die Allianz als wichtiger Player im

⁹ Die GFF hat sich in der Zwischenzeit allerdings auch weitestgehend aus den Debatten um das Gemeinnützige Recht herausgezogen.

gesamten Feld wahrgenommen wird und respektiert wird. Aus Mitgliederperspektive wären zum Teil mehr systematische und strategische Zusammenarbeit und Koordination mit anderen Akteur:innen zu wünschen gewesen, aber eher an Sachzwängen und knappen Ressourcen als an Unwillen gescheitert.

Insgesamt zeigt sich die Arbeit der Allianz als kohärent im Sinne einer gut abgestimmten, strategisch einzigartigen und komplementären Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, was ihre Effektivität und Sichtbarkeit im Feld deutlich erhöht.

4.3 Effektivität

Zentrale Fragen zur Bewertung der Effektivität der Arbeit der Allianz lauteten: Wie wird die Rolle der Allianz wahrgenommen aus der Perspektive ihrer Mitglieder, anderer zivilgesellschaftlicher Verbände und Akteur:innen und der Politik? Worin liegen die spezifischen Stärken, aber auch Schwächen? Was kann als zentrale Ergebnisse und Erfolge gewertet werden?

Die Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ hat sich durch ihre anerkannte fundierte und tiefgreifende Fachexpertise und die Bündelung der Meinungen zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen eine starke Position und Gehör verschafft. Innerhalb relativ kurzer Zeit ist die Mitgliederzahl auf über 200 Organisationen angewachsen, was der Allianz eine starke Legitimität und Anerkennung verschafft hat. Ihre Fachexpertise wird von allen politischen Lagern geschätzt, und sie hat maßgeblich zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedeutung eines stabilen Rechtsrahmens für gemeinnützige Organisationen beigetragen.

Ein bedeutender Erfolg der Allianz war ihr Beitrag zur Verankerung der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts im Koalitionsvertrag sowie ihre Mitwirkung an der Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEAO). Eine Änderung der ursprünglichen Haltung des Finanzministeriums in der Überarbeitung der AEAO ist unmittelbar auf die kontinuierliche fachliche Auseinandersetzung mit der Allianz zurückzuführen. Die Anpassungen aus dem Januar 2022, die die Rahmenbedingungen für politische Aktivitäten gemeinnütziger Organisationen präzisierten, erleichtert es diesen Organisationen, sich im Rahmen ihrer satzungsmäßigen Ziele politisch zu äußern, ohne den Gemeinnützigkeitsstatus zu gefährden. Diese Klarstellung erlaubt es vielen Organisationen, auch zu tagespolitischen Themen Stellung zu nehmen, allerdings bleibt die Möglichkeit, sich regelmäßig politisch zu äußern, weiterhin eingeschränkt.¹⁰

Darüber hinaus hat die Allianz kontinuierlich zur politischen Diskussion über die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts beigetragen. So beziehen sich beispielsweise Anträge von Bundestagsfraktionen, wie zum Beispiel der Linken vom 30. September 2024, explizit auf die von der Allianz bereitgestellten Informationen und Einschätzungen. Die Allianz hat es geschafft – mit Ausnahme der FDP – eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Politik aufzubauen, ohne in den Verdacht des klassischen Lobbyismus zu geraten. Sie wird als zentrale Anlaufstelle wahrgenommen, deren Meinungen und Lösungsvorschläge in politischen Diskursen und der Entscheidungssuche Berücksichtigung finden.

Als eine nicht-intendierte Folge der Arbeit der Allianz erscheint es, dass sich die Position der FDP im Zuge der langjährigen Debatten und Auseinandersetzungen eher verhärtet hat aufgrund des beharrlichen Eintretens der Allianz für das Recht auf politisches Engagement. Als Folge hat die FDP bis dato die Überarbeitung unterschiedlicher Aspekte des Gemeinnützigkeitsrechts blockiert und und weitere Reformen der Rechtsprechung zu Gemeinnützigkeit wurden bis zum Verfassen des Berichts (Juni 2024) weitestgehend aus dem Jahressteuergesetz 2024 herausgenommen.¹¹

¹⁰ Diefenbach-Trommer, Stefan; 2022, „Erlass zu Gemeinnützigkeit schafft Erleichterung und Unklarheit“, in: Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, 6/2022, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

¹¹ Experte im Rahmen der Interviews: „Es gab die Sorge beim Parlamentarischen Abend, dass ein Einwurf der Allianz – das Allerwichtigste ist die politische Betätigung – wieder die FDP verschrecken würde“

Die wichtigsten Stärken der Allianz lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- **Sachbezogenes Engagement:** Die Allianz verfolgt eine faktenbasierte und transparente Arbeitsweise.
- **Fachliche Kompetenz:** Sie bereitet Inhalte gut verständlich auf und bietet konstruktive Vorschläge zu komplexen Themen an.
- **Politisches Fingerspitzengefühl:** Ihre tiefe Kenntnis politischer Prozesse ermöglicht ihr ein effektives Agieren in der politischen Arena.
- **Glaubwürdigkeit:** Durch ihre Arbeit und mit der diversen Mitgliedschaft hat sie sich als vertrauenswürdiger Akteur etabliert.
- **Effektivität und Responsivität:** Mit der personifizierten Expertise in Person des Vorstands und mit einem klaren Mandat durch die Mitglieder agiert die Allianz schnell und flexibel
- **Juristische Expertise:** Im Laufe der Zeit hat sie ein profundes Know-how in juristischen Fragen aufgebaut.

Trotz ihrer Erfolge gibt es auch Kritikpunkte an der Arbeit der Allianz:

- In ihrer Anfangsphase setzte die Allianz auf eine **konfrontative und populistische Lobby-Strategie**, die das Vertrauen und die Gleichwertigkeit in der politischen Diskussion beeinträchtigte.
- Der **Name und das Motto** der Allianz wurden als irreführend empfunden, da sie Erwartungen weckten, die nicht immer erfüllt wurden.
- Die **absolute Haltung** zu gewissen Themen hat teilweise zur politischen Polarisierung beigetragen und manche Themen zu Oppositionsfragen gemacht.
- Einige ihrer Methoden wurden als **übertrieben dramatisierend** und polarisierend beschrieben, was nicht immer als hilfreich angesehen wurde.

Die folgende Übersicht zeigt im Detail, welche Stärken und Schwächen sowie zentralen Ergebnisse und Erfolge der Allianz die verschiedenen Interviewgruppen besonders hervorgehoben haben:

Perspektive	Stärken - Schwächen	Ergebnisse
Mitglieder	<u>Stärken:</u> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Hohe Fachkompetenz, sehr fundiert ▪ Wissen darum, wie das politische Geschäft funktioniert, nah dran an der Politik ▪ Langer Atem, kontinuierliches Arbeiten, drangeblieben ▪ Füllt Beratungslücke ▪ Erfolgreiches Netzwerken ▪ Übertragung von Themen auf andere Bereiche, Verbindungen aufzeigen, gesellschaftliche Einordnung, die Komplexität des Themas beleuchtend ▪ Respektierte Fachexpertise ▪ Viele kleine und mittlere Organisationen als Mitglieder <u>Schwächen:</u>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Akquise von über 200 Mitgliedern in relativ kurzer Zeit ▪ Gut aufgearbeitet Inhalte (auch wenn Website an sich nicht gut ist) ▪ Sichtbarkeit des Problems v.a. in Zivilgesellschaft selbst geschaffen ▪ Bewusstsein geschaffen, sensibilisiert ▪ Dafür gesorgt, dass das Thema auch nach dem Attac Urteil auf der Agenda geblieben ist ▪ Allianz hat Leerstelle besetzt: Einsetzen für gute Zivilgesellschaftsbedingungen ▪ Als DER Player in wenigen Jahren etabliert ▪ Eine ernst zu nehmende Stimme ▪ Zugang und Respekt im Finanzministerium

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schwächen im Bereich der strategischen Öffentlichkeitsarbeit und in der Nutzung verschiedener Medien ▪ Zu wenig die Breite der Allianz und ihrer Mitglieder genutzt Kraft der Vielen ▪ Chancen des Austauschs unter Mitglieder nicht genutzt ▪ Fehlende Strukturen für Aushandlung unter Mitgliedern für strategische Weiterentwicklung ▪ Struktur um Vorstand herum gebaut (wenig nachhaltig) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schnelles Wachstum ▪ Allianz wird nachgefragt ▪ Konkret: Vom Unterausschuss als Sachverständiger eingeladen ▪ Nicht genügend Druck -> weil Thema zu komplex ist
Politik	<p><u>Stärken:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Hoher juristischer Kenntnisstand ▪ Hohe Glaubwürdigkeit („<i>weggerückt vom Verbandslobbyismus</i>“) ▪ Das Zusammenbringen von Menschen, die tief im Thema stecken, Magnet für andere Vereine ▪ Kommunikative Stärke: Kein Bedrängen von Entscheidungsträgern, immer ansprechbar, Fingerspitzengefühl für politische Prozesse ▪ Vorlagen für Gesetzesentwürfe als besonders hilfreich angesehen als Illustration für mögliche juristische Lösungen ▪ Stellungnahmen, Papiere, Thesen – schriftliche Aufarbeitung der Themen ▪ Markenwert als Verbund <p><u>Schwächen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine Nutzung der „Basis“: Insbesondere für kleinere Organisationen ist das Angebot der Allianz sehr wichtig, diese wurden aber bisher für die Thematik nicht mobilisiert ▪ Vertreten einer absoluten Position, die rechtlich wenig Aussicht hat („<i>Die Allianz will etwas, das rechtlich nicht geht</i>“) – und mit CDU und FDP auch politisch nicht zu machen ist ▪ Bemühungen, über öffentlichkeitswirksame Kampagnen und Befragungen Finanzämter vorzuführen -> wenig effektiv und schadete der Zusammenarbeit ▪ Gegenüber der Politik nicht nur inhaltlich und fachlich argumentieren, sondern auch emotionale Anbindung ermöglichen durch direkten Bezug, z.B. zu bürgerschaftlichen Organisationen aus dem eigenen Wahlkreis 	<ul style="list-style-type: none"> • Wichtige Unterstützung der Arbeit der Referent:innen Ebene für Bundestagsabgeordnete, die mit dem Thema der Gemeinnützigkeit befasst sind: Allianz Newsletter und Website wesentliche Informationsquelle. • Allianz oft besser informiert über den unmittelbaren Stand der politischen Entwicklungen als Abgeordnete selbst • <i>„wir sind angewiesen auf derlei Unterstützung in unserer Arbeit“</i> • Als Nicht-Jurist vertrauensvolle Beziehungen im Finanzministerium aufgebaut („<i>dort hat auch nicht jede NGO Zugang</i>“) • Allianz als Gegenüber zur Entwicklung von relevanten Politiken • Der Lösungsvorschlag, der vom Finanzministerium entwickelt wurde (Toleranzregel, Aufnahme von Demokratieförderung in Zweckkatalog), um juristisch Gemeinnützigkeit mit politischem Engagement in Einklang zu bringen, ist ein Ergebnis, das aus Reibung mit der Allianz entstanden ist • Anerkennung, dass Pflege der Demokratie durch zivilgesellschaftliche Akteur:innen mehr Fokus werden muss • Allianz hat Meinungen gesammelt und gebündelt und sich dadurch Gehör verschafft
Expert:innen + Presse	<p><u>Stärke:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gut erreichbar, responsiv ▪ Als Nichtjurist große juristische Expertise erarbeitet ▪ Durchsetzungsstärke 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Allianz wird als etablierter Player ernst genommen ▪ Sie hat Informationen gebündelt, gut ausgewertet und zur Verfügung gestellt

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sachbezogenes Engagement, Transparenz im Handeln ▪ Erfolgreiche Mediatorenrolle für Anliegen der Mitglieder ▪ Stimme der Allianz hat belebend für die Debatten gewirkt ▪ Immer wieder konstruktive Vorschläge, wie könnte eine Formulierung aussehen ▪ Allianz hat eine wichtige Rolle und Funktion <p><u>Schwäche:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Irreführender Name der Allianz: Claim „Zivilgesellschaft ist gemeinnützig“ schwierig, unsinnig, zu lang, zu umständlich, zu unspezifisch, reißerisch ▪ Es wird unangemessen Angst geschürt - „Ihr seid in Gefahr!“ - was nicht gerechtfertigt ist ▪ Populistische Vorgehen, Satzungen an unterschiedliche Finanzämter geschickt zu haben, um willkürliches Handeln zu belegen ▪ Eigentlich bereits alles zum Thema gesagt ▪ Allianz wenig breit aufgestellt (personell, Instrumente, Förderer, Expertise) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verankerung des Themas im Koalitionsvertrag ▪ Politischen Druck entwickelt, die Debatte vorangebracht ▪ Wichtigstes Ergebnis: Es gibt inzwischen in der Öffentlichkeit ein Problembewusstsein – Anerkennung, dass es ein strukturelles Problem gibt, das strukturell gelöst werden muss ▪ Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEAO) und dadurch Schaffung eines Rahmens, mit dem die meisten Netzwerkmitglieder gut leben können ▪ Wichtige Überzeugungsarbeit im Finanzministerium geleistet: Bereitschaft zur Veränderung des Anwendungserlasses (vorher nicht gegeben)
Verbände	<p><u>Stärke:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sehr profundes Wissen ▪ In Beiträgen immer klare Argumente und interessante Inputs ▪ Schnelle Reaktionsfähigkeit ▪ Tiefes juristisches Verständnis als Nicht-Jurist ermöglicht eine andere Sprachwahl – greifbare, praktische Beispiele gefunden, hohe Anschaulichkeit ▪ Große Stärke in der Lobbyarbeit – wo es parteipolitische Nähe gibt <p><u>Schwäche:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ „Finanzamts-Aktion“ nicht gut angekommen ▪ Irreführender Name – keine Allianz für das Gemeinnützigenrecht, sondern es geht um politische Betätigung ▪ Nicht immer auf politische Gangbarkeit gesetzt ▪ Pseudoalleinvertretungsanspruch ▪ Tendenziell dramatisierende Darstellung: Politische Betätigung von gemeinnützigen Organisationen nicht generell verboten ▪ Mitgliedschaft nicht divers genug, Mitglieder bis dato nicht mobilisierbar ▪ Regionale Distanz vom Politikbetrieb 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Insgesamt viel erreicht – ohne die Allianz hätte es die politische Aufmerksamkeit nicht gegeben, aber auch vielen Akteuren auf die Füße getreten ▪ Wichtigstes Ergebnis: Themen auf die Agenda gesetzt und erreicht, dass sich Akteur:innen dazu positioniert haben ▪ Allianz bzw. Person des Vorstands in relevanten Anhörungen und Prozessen wichtige Ansprechperson für die Politik ▪ Auf der anderen Seite: Politische Betätigung zu einem Oppositionsthema geworden – durch Polarisierung Tür zuschlagen lassen

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nicht auf unterschiedliche Gesichter und Akteure gesetzt, z.B. Beiratsmitglieder miteinzubeziehen, da wo es bereits reflexhafte Abwehrreaktionen gibt ▪ Die Allianz ruft bei FDP und CDU automatische Abwehr hervor, röhrt an Triggern 	
--	---	--

Insgesamt wird die Arbeit der Allianz positiv bewertet, vor allem aufgrund ihrer Stärken in der Sacharbeit und ihrer Fähigkeit, politische Prozesse effektiv zu beeinflussen. Interviewpartner aus allein Akteursgruppen haben betont, wie wichtig die Existenz der Allianz sei und ihre Rolle nach wie vor gebraucht sei.

4.4 Effizienz

Leitende Frage für die Bewertungskategorie der „Effizienz“ waren zum Beispiel: Auf welchem Weg wurden die Arbeitsergebnisse erreicht? Gäbe es eventuell Optimierungspotential? Wie ist das Verhältnis von Aufwand zu Nutzen?

4.4.1 Ressourcenmanagement und Arbeitsweise

Die Effizienz der Allianz zeichnet sich vor allem durch ihre **schnelle und flexible Arbeitsweise** aus. Sie wurde von verschiedenen Akteur:innen als flexibel und beziehungsorientiert beschrieben. Besonders die **charismatische Persönlichkeit** des Vorstandes wird als ein Schlüssel für Effizienz wahrgenommen. Für Ansprechpartner von Außen war es praktisch, dass die Allianz synonym für seinen Vorstand wahrgenommen wurde (vielfache Nennung: „*Die Allianz ist Stefan Diefenbach-Trommer*“). Somit hat diese starke Personalisierung Vorteile mit sich gebracht, jedoch auch Risiken, wie die **Ermüdung** im zum Teil schnellen, aber auch sehr langwierigen politischen Geschäft und die Gefahr, als Einzelperson mit viel Herzblut sich zuweilen zu verkämpfen, weil die Abfederung innerhalb eines Teams und das Korrektiv einer regelmäßigen Reflektion mit anderen fehlt.

4.4.2 Teamdynamik und interne Strukturen

Wiederkehrende Veränderungen, insbesondere Personalwechsel im Team, haben in der Vergangenheit beträchtliche Ressourcen beansprucht, was teilweise auch als Hindernis für die Effizienz wahrgenommen wurde. Insbesondere die Umstrukturierungen bzw. die Rekrutierung und Einarbeitung neuer Personen und die dafür benötigten Kräfte zehrten an den Kapazitäten der Allianz. Hier haben auch derzeitige bzw. ehemalige Mitglieder des Beirates eingeräumt, dass es mehr Unterstützung von außen, also Interventionen aus dem Beirat, gebraucht hätte, Überlastungsrisiken zu erkennen, Lösungen für Strukturweiterentwicklung, wie zum Beispiel den graduellen Aufbau einer Doppelspitze zu entwickeln und anzubahnen.

4.4.3 Finanzierungsmodell

Die Allianz hat lange das Ziel verfolgt, sich von externen Förderinstitutionen und -modalitäten unabhängig zu machen. So war es eine bewusste Strategie zu versuchen, sich weitmöglich über Beiträge von Mitglieds- und Unterstützer-Organisationen zu finanzieren sowie über Einzelspenden.¹² Die

¹² So gab es zum Beispiel 2019 einen selbstgewählten Mitgliedsbeitrag von Campact in Höhe von 50.000 EUR, was zu dem Zeitpunkt 25% des Jahresbudgets ausgemacht hat.

Tatsache, dass über eine externe Förderung über mehrere Jahre die Stelle des Vorstandes und weiterer Mitarbeitenden in der Geschäftsstelle gesichert werden konnte, lässt sich trotzdem als Erfolg verbuchen. Der Aufbau von nachhaltigen Strukturen, die eine Weiterentwicklung der Arbeitsweise der Allianz ermöglicht hätte, hätte wiederum eine diversifiziertere Finanzierung erfordert. Bewusst in die Ausweitung der Finanzierungsbasis zu investieren, ist letztendlich wiederum an den begrenzten menschlichen Ressourcen gescheitert. Neben der Förderung durch Brot für die Welt und die Open Society Foundation, wäre es wichtig, Chancen für öffentliche Förderungen zu eruieren, abzuwagen, ob und wie das Spendengeschäft professioneller aufgesetzt werden könnte und sich vor allem auch nach philanthropischen Förderern umzusehen, inklusive aus dem internationalen Kontext.

Last, but not least, wurde auch die Gestaltung der Mitgliedsbeiträge als wenig strategisch betrachtet, um Möglichkeiten für eine stabilere Finanzierung der Allianz auszuloten. Hier entspricht der Ansatz „*pay what feels right*“ der Grundhaltung der Allianz und diente dem Ziel, keine Schwellen für Mitgliedschaft insbesondere für kleinere Organisationen aufzubauen, sondern allen Interessierten den Beitritt zu ermöglichen. So gab es im Jahr 2023 nicht wenige Vereine, die aufgrund finanzieller Engpässe überlegt hatten, aus der Allianz auszutreten. Die Einstellung der Allianz zu Mitgliedsbeiträgen hat ermöglicht, dass diese bleiben konnten und auch die Stärke der Allianz in Form mit Mitgliederzahlen nicht in Mitleidenschaft gezogen wurde. So gibt es also auch Mitgliedsorganisationen, die in den zurückliegenden Perioden keinerlei Beiträge gezahlt haben. Es äußerten sich aber auch Mitglieder im Rahmen der Evaluation, dass in ihren Augen die Mitgliedsbeiträge letztendlich bei weitem zu gering waren. Eine zukünftige Auseinandersetzung mit dem Beitragswesen wäre einzubetten in andere Interventionen, die Mitgliedschaft zu mobilisieren und in die Beantwortung der Fragen zur strategischen Weiterentwicklung der Allianz einzubeziehen. Eine Frage könnte hier – vor allem an größere Organisationen, die es sich leisten können – lauten: Was ist euch die Arbeit der Allianz wert?

4.4.4 Optimierungspotenzial

Trotz der erreichten Erfolge gibt es Bereiche, in denen die Effizienz der Allianz verbessert werden könnte. Zum einen wurde die Notwendigkeit eines systematischeren Wissensmanagements betont, um den Informationsfluss innerhalb des Teams und gegenüber externen Partnern zu optimieren. Zudem könnte die Öffentlichkeitsarbeit (ÖA) kreativer gestaltet und technisch besser unterstützt werden. Die Website hält eine große Tiefe und Breite an relevanten Informationen, Analysen und Handreichungen bereit, die sich dem Leser erst Stück für Stück erschließt je tiefer er einsteigt. Diese Fülle an Informationen ist aber nirgendwo in der Systematik und Struktur der Website abgebildet und es ist schwer, nach spezifischen Themen gezielt zu suchen. Eine übersichtlichere Website, benutzerfreundlichere sowie modernere Kommunikationsformate und Oberflächen – auch in der E-Mail-Kommunikation - wurden als zentrale Optimierungspotenziale hervorgehoben.

4.5 Wirkungen

Die Wirkung der Allianz zeigt sich in verschiedenen Aspekten ihrer erfolgreichen politischen Arbeit. Sie hat es geschafft, ihre Anliegen in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, was als bedeutender politischer Erfolg gilt. Diese Aufnahme verdeutlicht die Relevanz der Allianz und ihren Einfluss auf die politische Agenda.

Über die Jahre hinweg hat die Allianz den politischen Druck kontinuierlich hochgehalten, um die Notwendigkeit von Rechtssicherheit in der politischen Willensbildung zu betonen. Durch eine beständige und gezielte Überzeugungsarbeit hat sie es geschafft, ideologische Gegnerschaft in einen konstruktiven fachlichen Disput zu verwandeln. Ein besonders hervorzuhebender Erfolg ist die Veränderungsbereitschaft im Finanzministerium, das die Notwendigkeit einer strukturierten „Demokratiepflege“ anerkannt hat.

Eine weitere wichtige Wirkung der Arbeit der Allianz war die Entspannung, die durch den Anwendungserlass der Abgabenordnung bei einigen Netzwerkmitgliedern erreicht wurde. Während aus Sicht der Allianz der AEAO zwar noch nicht die geforderte Rechtssicherheit gebracht hat, schafft diese Verordnung zumindest vorläufig verlässlichere Rahmenbedingungen.

Der gesetzgeberische Output der Arbeit der Allianz bis jetzt ist allerdings noch nicht klar – was von der Mehrheit der Akteur:innen so nicht erwartet wurde, aber gleichzeitig auch nicht verwunderlich ist, da Gesetzgebungsprozesse grundsätzlich sehr langwierig sind (Mitglieder). Einige Befragte im Rahmen der Evaluationen stellten auch klar, dass selbst, wenn es ein gelungenes Gesetz gäbe, die Arbeit noch längst nicht erfolgreich abgeschlossen wäre, da insbesondere im Fall einer Ausweitung der Zwecke viel von der Maßgabe der Implementierungsvorschriften abhängig wäre.

Trotz der bisherigen Erfolge bleibt ein zentrales Problem bestehen: Die grundsätzliche Rechtsunsicherheit in der politischen Willensbildung wurde noch nicht vollständig behoben. Aber in den Worten eines Mitglieds: „*Die Allianz ist ein Erfolg, auch wenn sich an der grundsätzlichen Rechtsunsicherheit noch nicht viel geändert hat.*“

Unter der Ampel-Koalition wurden einige Schritte in Richtung einer Modernisierung des Gemeinnützigsrechts unternommen, allerdings blieben wesentliche Reformen bisher bis zur Berichtserstellung im Juni, 2024, aus. Im Koalitionsvertrag wurden wichtige Änderungen versprochen, wie die Klarstellung, dass sich gemeinnützige Organisationen auch politisch betätigen dürfen, ohne ihre Gemeinnützigkeit zu gefährden. Diese Klarstellung soll insbesondere Organisationen, die sich für Demokratie und politische Bildung einsetzen, mehr Rechtssicherheit geben. Obwohl dieses Ziel immer wieder betont wurde, hinkt die Umsetzung hinter den Erwartungen her. Die inter-ministerielle Arbeitsgruppe wurde eingerichtet mit dem Ziel, diese Reformen im Jahressteuergesetz zu verankern. Der festgefaßte Konflikt insbesondere zwischen FDP und den Grünen haben jedoch bisher keinerlei Einigung zugelassen.

Die folgende Tabelle fasst die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Ampelkoalition zusammen, die bisher verhindert haben, dass es zu einer grundlegenden politischen Reform des Gemeinnützigsrechts gekommen sind:

Positionen der Ampelparteien zur Reform des Gemeinnützigsrechts:

SPD	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtssicherheit für gemeinnützige Organisationen, die sich politisch engagieren. - Gesetzliche Absicherung politische Betätigung von Organisationen, die Demokratie und Menschenrechte fördern, - Erweiterung des Zweckkatalogs im Gemeinnützigsrecht, um demokratisches Engagement und gemeinnützigen Journalismus zu fördern. - Abschaffung der Ungleichbehandlung von Förderungen innerhalb und außerhalb der EU ein. - Abbau bürokratischer Hürden für gemeinnützige Organisationen, um deren Arbeit zu erleichtern. - Forderung einer zügigen Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Reformen zur Modernisierung des Gemeinnützigsrechts
Grünen	<ul style="list-style-type: none"> - Absicherung politischer Bildung und zivilgesellschaftliches Engagement im Gemeinnützigsrecht, Einsatz für Demokratie und Menschenrechte ausdrücklich als Ausdruck gemeinnützigen Handeln anerkennen - Rechtssicherheit für politische Äußerungen gemeinnütziger Organisationen schaffen, besonders bei Themen wie Demokratie und Antirassismus - Gemeinnützigsrecht als ermöglichtes und nicht als restriktives Gesetz - Aufnahme von gemeinwohlorientiertem Journalismus als gemeinnützigen Zweck - Die Grünen drängen auf die Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Reformen, vor allem zur Erweiterung des Zweckkatalogs der Gemeinnützigkeit.

	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung von Freiräumen für zivilgesellschaftliche Organisationen, um demokratische Prozesse zu fördern. - Zentrales Anliegen: zivilgesellschaftliche Freiräume erweitern, anstatt durch Bürokratie und Sanktionen eingeschränkt zu werden
FDP	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung von gelegentlichem politischem Engagement gemeinnütziger Organisationen, jedoch mit klaren Grenzen, damit dieses Engagement im Rahmen des Satzungszwecks bleibt - Zentrales Anliegen: Vermeidung einer zu großen politischen Nähe gemeinnütziger Organisationen zu Parteien, um indirekte Förderungen bzw. staatliche Förderung von Aktivismus zu verhindern - Aufnahme von E-Sport und Non-Profit-Journalismus als gemeinnützige Zwecke - Erleichterungen bei der zeitnahen Mittelverwendung, um den bürokratischen Aufwand für gemeinnützige Organisationen zu reduzieren - Reduzierung der Bürokratie und mehr Effizienz im Gemeinnützigenrechtsrecht

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ampel-Koalition zwar die Debatten um wichtige Reformen im Bereich des Gemeinnützigenrechts angestoßen hat, bisher aber hinter den Versprechen zurückgeblieben sind, konkreten Gesetzesänderungen einzuleiten, welche die politische Betätigung von gemeinnützigen Organisationen absichern.

4.6 Bewertung der Projektzielerreichung (BfdW Förderung)

Projektziel 1: Schaffung von Rechtssicherheit für zivilgesellschaftliche Organisationen, die zur politischen Willensbildung beitragen

Das erste Projektziel fokussiert auf die rechtliche Absicherung zivilgesellschaftlicher Organisationen, insbesondere im Bereich der politischen Willensbildung. Hier wurde als Indikator festgelegt, dass bis Ende 2024 der Bundestag eine Gesetzesänderung beschließen soll, die Rechtssicherheit im Gemeinnützigenrecht herstellt.

Stand der Zielerreichung: Bis zum Ende des Berichtszeitraums 2023 konnten Gespräche mit politischen Entscheidungsträgerinnen geführt und eine Arbeitsgruppe bestehend aus sechs Staatssekretärinnen gebildet werden, die das Thema Gemeinnützigkeit erörtert. Obwohl erste Schritte unternommen wurden, liegt bisher kein konkreter Gesetzesentwurf zur Modernisierung des Gemeinnützigenrechts vor. Die Beratungen innerhalb der Arbeitsgruppe sind als Teilerfolg zu werten, jedoch bleibt unklar, ob und wann es zu einer endgültigen Gesetzesänderung kommt.

Bewertung des Indikators: Der angestrebte Fortschritt wurde teilweise erreicht, da relevante Beratungen stattfinden. Dennoch ist fraglich, ob das Ziel bis Ende 2024 vollständig erreicht werden kann, da bisher keine konkreten Beschlüsse oder Entwürfe vorliegen.

Projektziel 2: Stärkung und Schutz der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen in einer modernen Demokratie

Das zweite Ziel des Projekts zielt darauf ab, die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Demokratie zu stärken. Als Indikator wurde festgelegt, dass der Bundestag oder seine Gremien bis zum Projektende über Möglichkeiten beraten, die zivilgesellschaftliches Engagement stärken (z.B. durch die Einrichtung einer Enquete-Kommission).

Stand der Zielerreichung: Im Jahr 2023 wurden wichtige Themen wie Transparenzregelungen in Form eines neuen Zuwendungsempfängerregisters sowie die Erweiterung des Lobbyregisters vorangetrieben, was auf eine gewisse Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure hinweist. Jedoch bleibt die übergeordnete Reform des Gemeinnützigenrechts aus, und politische Diskussionen zur

nachhaltigen Stärkung zivilgesellschaftlicher Beteiligung bleiben bislang hinter den Erwartungen zurück.

Bewertung des Indikators: Obwohl Teilerfolge in Bezug auf Transparenz erzielt wurden, wurde kein umfassendes Konzept zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen im Bundestag diskutiert. Die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bleibt somit weiterhin unter Druck, wie auch der Rechtsstaatsbericht der Europäischen Kommission¹³ und der ZiviZ-Survey¹⁴ bestätigen.

Fazit zur Zielerreichung

Die Projektziele wurden bisher nur teilweise erreicht. Während Beratungen auf politischer Ebene und Transparenzmaßnahmen Fortschritte erkennen lassen, bleibt die dringend notwendige Reform des Gemeinnützigkeitsrechts aus. Die Verzögerungen in der Gesetzgebung stellen eine signifikante Herausforderung dar, und die rechtliche Unsicherheit für zivilgesellschaftliche Organisationen besteht weiterhin.

5 Perspektiven für die Zukunft und Nachhaltigkeit der Arbeit der Allianz

5.1 Erwartungen an die Entwicklung der Rahmenbedingungen für politisches Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen

In einem Youtube Video verkündete der damalige bayerische AfD-Landtagsabgeordnete Uli Henkel im Januar 2023: "*So wie die linken Zecken unsere Arbeit behindern, wo immer sie nur können, so werden auch wir AfD-Abgeordnete in Bund und Land nicht müde werden, deren Verfehlungen anzuprangern*" – und wies dabei darauf hin, dass er die Gemeinnützigkeit des Vereins "München ist bunt!" bei den zuständigen Finanzbehörden angefochten habe und dabei mehrere hundert Dokumente den Behörden übergeben habe.¹⁵ Die Strategie insbesondere der AfD, aber auch anderer gesellschaftlicher Kräfte, gegen missliebige Organisationen mit parlamentarischen Anfragen oder Hinweisgebungen an die Finanzämter, aber auch mit Rückgriff auf das Lobbyregister, wird erwartungsgemäß zukünftig noch weiter zunehmen. Es ist zu erwarten, dass insbesondere Umweltorganisationen zukünftig noch massiver angegriffen werden, da sich in der Thematik des Klimawandels und der Haltung zu Konsequenzen für den Umbau des Wirtschaftssystems die gesellschaftliche Polarisierung kristallisiert.

Zunehmende Angriffe der AfD auf zivilgesellschaftliche Strukturen führen zu einem steigenden Handlungsdruck auf zivilgesellschaftliche Organisationen, da sie vermehrt Zielscheibe dieser Attacken werden. Angesichts eines zu erwartenden Rechtsrucks wächst die Notwendigkeit, verstärkt in den Ausbau und die Stärkung der Zivilgesellschaft zu investieren, um demokratische Werte und Strukturen zu schützen. Auf der anderen Seite ist auch eine Gegenreaktion zu erwarten, die darauf abzielt, rechte gesellschaftliche Kräfte in ihren Initiativen, sich zu organisieren, einzuschränken. Diese Maßnahmen

13 Im Rechtstaatsbericht der Europäischen Kommission von 2024 wird angemahnt, dass Deutschland noch keine Fortschritte dabei erzielt hat in der Anpassung der Gesetzgebung zur Steuerbefreiung von gemeinnützigen Organisationen, um die Herausforderungen durch die geltenden Vorschriften in der Praxis anzugehen und dabei auch europäische Standards für die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen zu entsprechen. Siehe: Europäische Kommission (2024) unter: https://commission.europa.eu/document/download/3d1a2f80-5989-4364-a9e6-d925d4a1c900_de?filename=17_1_58059_coun_chap_germany_de.pdf

14 Siehe: Schubert, P.; Kuhn, D.; Tahmaz, B., Ziviz Survey 2023, Zivilgesellschaftliche Organisationen im Wandel – Gestaltungspotenziale erkennen. Resilienz und Vielfalt stärken, Stifterverband: Essen.

15 <https://www.youtube.com/watch?v=O56VfJ5Lz6g>, <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/gemeinnuetzigkeit-afd-100.html>

könnten jedoch Kollateralschäden verursachen und unbeabsichtigte Auswirkungen auf die gesamte Zivilgesellschaft haben.

In bestimmten Regionen wird es wahrscheinlich Bestrebungen geben, linke zivilgesellschaftliche Organisationen durch finanzielle und rechtliche Mittel zu schwächen, was den Handlungsspielraum progressiver Gruppen erheblich einschränken könnte. Gleichzeitig sind steigende Fälle von Hass und Gewalt im Netz eine Herausforderung, die sowohl zivilgesellschaftliche Akteure als auch die Gesellschaft insgesamt betrifft. Eine Stärkung des Rechtssystems wird als zentrale Strategie zur Absicherung gegen diese Bedrohungen gesehen.

Zudem müssen sich zivilgesellschaftliche Organisationen darauf einstellen, dass ihre Strukturen in Zukunft auch gekapert oder unterwandert werden könnten. Es stellt sich die Frage, welche Mittel und Strategien vorhanden sind, um in solchen Fällen angemessen zu reagieren und demokratische Prinzipien zu verteidigen.

5.2 Optionen für die Zukunft bzw. die mögliche Weiterentwicklung der Allianz

Angesichts der beschriebenen politischen Tendenzen wird es von Bedeutung sein, den Handlungsspielraum von Zivilgesellschaft langfristig zu sichern. *Civil Society Advocacy* könnte dabei ein zentrales Politikfeld werden, das verstärkte Aufmerksamkeit erfordert. Hier geht es grundsätzlich um die Frage, wie rechtliche Rahmenbedingungen weiterentwickelt und abgesichert werden müssen für eine lebendige Zivilgesellschaft, die sich aktiv in politische Prozesse einbringen kann. Darüber hinaus könnte es von Bedeutung sein, die Rolle nicht-staatlicher Akteure als unverzichtbare Stütze einer lebendigen Demokratie stärker in den öffentlichen Diskurs zu rücken.

Eine grundsätzliche strategische Überlegungen für die Allianz lautet dabei, zukünftig perspektivisch noch stärker Wirkungen auf der politischen Ebene in den Blick zu nehmen gegenüber dem bisherigen Fokus, der stärker auf Verwaltungsakteur:innen lag.

Eine weitere grundlegende Entwicklungsoption wäre ein möglicher Merger mit einer bestehenden großen Organisation, um dadurch den Herausforderungen auf der strukturellen Ebene entgegenzuwirken und von einer bestehenden Kommunikations- und Verwaltungsinfrastruktur zu profitieren.

Zudem wird es mit Blick auf die Zukunft notwendig sein, über neue Finanzierungsquellen nachzudenken, etwa durch eine aktive Suche von Partnern im Bereich der Philanthropie oder internationale Partnerschaften. Diese Überlegungen bieten Ansatzpunkte, die es im Rahmen einer langfristigen strategischen Ausrichtung weiter zu diskutieren gilt.

Die folgenden konkreten Optionen sind aus den Rückmeldungen der Interviewten herausdestilliert, welche Erwartungen sie haben und auch welche Chancen sie sehen für eine zukünftige Rolle und Weiterentwicklung der Allianz.

5.2.1 1. Option: Die Allianz wird irgendwann zu Grabe getragen

Eine mögliche Option für die zukünftige Entwicklung der Allianz könnte darin bestehen, sie nach erfolgreicher Erfüllung ihres Satzungszwecks aufzulösen. Diese Option stellt den Idealzustand dar, in dem die politischen Rahmenbedingungen, insbesondere in Form eines guten Gesetzes, geschaffen wurden, sodass die Existenz der Allianz obsolet wird. Ein anderer möglicher Hintergrund für die Abwicklung der Allianz könnte sein, dass aufgrund schwindender mittelfristiger Erfolgsaussichten die Finanzierungsbasis sowohl von Seiten der Mitglieder, Einzelspender und Förderer erodiert.

Mehrere Interviewpartner im Rahmen der Evaluation – wenn auch die klare Minderheit - äußerten: „*Bei einem guten Gesetz braucht es die Allianz nicht mehr.*“ Hinter dieser Aussage steht eine gewisse

Siegesgewissheit: Die Auflösung der Allianz wird als Zeichen gewertet, dass ihr Ziel erreicht wurde und die Allianz ihren Beitrag zur Rechtssicherheit für politische Willensbildung geleistet hat. Das Ende der Allianz würde also nicht als Verlust, sondern als Erfolg zu werten sein. Diese Entwicklung könnte mit einer Feier der Erfolge der Allianz verbunden werden, um den Meilenstein gebührend zu würdigen.

Im zweiten Szenario stellt sich im Kontext der Auflösung die Frage, wie trotz schwindender Spendenbereitstand der Fortbestand der Arbeit, für welche die Allianz ursprünglich gegründet wurde, sichergestellt werden kann. Interviewpartner im Rahmen der Evaluation waren davon überzeugt, dass im Falle einer möglichen Abwicklung der Allianz es baldige Pläne und Initiativen für die Gründung einer Nachfolgeorganisation gäbe, da der gesellschaftliche und politische Bedarf an die Fortführung der Arbeit der Allianz weiterhin bestehen bleibt. Somit sollte im Falle eines „Ablebens“ der Allianz Fragen von Wissensmanagement und Nutzung von bestehenden Kontakten und Erfahrungen genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Auflösung der Allianz wäre also nicht das Ende des Engagements, sondern ein Übergang zu einer neuen Organisationsform, die den veränderten politischen Gegebenheiten und Bedarfen gerecht wird.

5.2.2 2. Option: Fortführung der Allianz als „*Single-Issue*“ Organisation

Eine zweite Option für die zukünftige Entwicklung der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ besteht darin, die Allianz als „*Single Issue*“-Organisation weiterzuführen, wobei gleichzeitig eine Professionalisierung, insbesondere im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, angestrebt werden sowie die Allianz insgesamt auf stabilere strukturelle Beine gestellt werden sollte.

Ein zentrales Ziel dieser Option ist es, den Diskurs über die Rolle der Zivilgesellschaft in politischen Prozessen fortzuführen und die Debatte um die Bedeutung einer progressiven Zivilgesellschaft aktiv zu begleiten. Die Allianz positioniert sich hierbei weiterhin als unverzichtbare Stimme des Subsektors einer kritischen und emanzipatorischen Zivilgesellschaft. Diese Rolle könnte sie perspektivisch noch systematischer spielen als Vertretung des Subsektors politisch aktiver zivilgesellschaftlicher Organisationen innerhalb anderer Dachverbandsstrukturen.

Dabei bleibt sie am inhaltlichen Kern der politischen Betätigung gemeinnütziger Organisationen dran und hält sprichwörtlich den "langen Atem" aufrecht, um an den relevanten politischen Themen mitzuwirken.

5.2.2.1 Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Ein zentraler Schritt in dieser Option wäre der strategische Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit und Außenkommunikation. Hierbei sollte die bestehende Website benutzerfreundlicher gestaltet werden, z.B. Texte auch um Infografiken ergänzt werden, Veröffentlichung thematisch in Beziehung gesetzt werden und insgesamt die Struktur übersichtlicher und das Auffinden gewünschter Informationen einfacher gestaltet werden. Um dies erfolgreich umzusetzen, wäre es erforderlich, personelle Fachexpertise im Bereich der politischen Kommunikation aufzubauen, um die Botschaften der Allianz klarer und breitenwirksamer zu vermitteln.

Ein weiterer Fokus dieser Option wäre eine Ergänzung der bisherigen stark juristischen Expertise. Die Allianz müsste in Teilen auch eine neue, klar verständliche Sprache entwickeln, um politische Botschaften einfach und nachvollziehbar zu formulieren. Dies könnte durch eine Reduktion der inhaltlichen Komplexität und durch eine noch stärkere Kontextualisierung der gesellschaftlichen Relevanz erreicht werden. Themen wie die Pflege der Demokratie, der Schutz vor einem Rückzug demokratischer Prinzipien und die Förderung des Gemeinwohls durch Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe sollten dabei ins Zentrum der Kommunikation gestellt werden.

5.2.2.2 Fokus auf Ausbau des Finanzierungsmodells und Aktivierung der Mitglieder

Ein weiterer wichtiger Aspekt dieser Option wäre die Stabilisierung und der Ausbau des Finanzierungsmodells durch professionelles Fundraising. Dies ist notwendig, um eine personelle Aufstockung innerhalb der Allianz zu ermöglichen und die Professionalität der Organisation weiter zu steigern. Hierzu wäre auch die Miteinbeziehung der Mitglieder von entscheidender Bedeutung, etwa in eine Debatte um die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, um eine Grundsicherung der Allianz zu gewährleisten. Die strategische Vernetzung der Mitglieder müsste voraussichtlich durch neue bzw. eine Wiederbelebung bereits getester Formate wie digitaler themenbezogener Lunch-Meetings oder längerfristiger strategisch arbeitender Arbeitsgruppen gestärkt werden. Hierbei ginge es darum, klarere Entwicklungsaufträge zu generieren und den Willen der Mitglieder besser sichtbar zu machen, aber auch Optionen für die Aktivierung und Einbeziehung der Mitglieder für die Ziele der Allianz zu entwickeln.

5.2.2.3 Merger-Frage: Vor- und Nachteile einer Fusion

Eine andere Option zur Stabilisierung der finanziellen Situation, aber auch für ein ausgeglicheneres Verhältnis zwischen inhaltlicher Arbeit und administrativer Anforderungen in der Arbeit der Allianz könnte eine mögliche Fusion (Merger) mit einer anderen Organisation sein. Allerdings birgt eine Fusion auch Herausforderungen. Zu den Pro-Argumenten zählen:

- **Absicherung von Overheadkosten:** Eine Fusion könnte dazu beitragen, die Verwaltungskosten der Allianz zu reduzieren und mehr Ressourcen für operative Aktivitäten zur Verfügung zu stellen.
- Die Größe einer übergeordneten Dachorganisation **federt perspektivisch Ressourcenengpässe ab**, wie zum Beispiel im Fall von Krankheit, Abwesenheiten oder Arbeitsspitzen.
- **Verbesserte finanzielle Stabilität:** Durch die Zusammenlegung von Ressourcen und Netzwerken könnte die Allianz finanziell stabiler werden und größere Vorhaben realisieren.
- Das Eingebundensein in größere organisatorische Strukturen bietet die Chance von **regelmäßigem kollegialen Austausch**.

Gleichzeitig sind jedoch auch Contra-Argumente zu berücksichtigen:

- **Verlust an Unabhängigkeit:** Eine Fusion könnte die Unabhängigkeit der Allianz gefährden, da sie möglicherweise unter dem Einfluss einer größeren Organisation stehen würde.
- **Verlust an Legitimität:** Als eigenständige Mitgliederorganisation hat die Allianz eine besondere Legitimität, die durch eine Fusion verwässert werden könnte. Die Mitglieder könnten sich weniger stark mit der fusionierten Organisation identifizieren.
- **Verringerte Flexibilität:** Eine größere Organisation ist in der Regel weniger flexibel in der Entscheidungsfindung, was in der dynamischen zivilgesellschaftlichen Arbeit ein Nachteil sein könnte.
- **Veränderung des Images:** Eine Fusion könnte das öffentliche Image der Allianz verändern, was den Zugang zu bestimmten Förderkreisen oder Netzwerken erschweren könnte. Die Evaluation hat gezeigt, dass gerade die Unabhängigkeit der Allianz als zentrale Grund für ihre Glaubwürdigkeit und Legitimität angesehen wird.

5.2.2.4 Nutzung der Zeit bis zu einer neuen arbeitsfähigen Regierung

Die Zeit bis zum Koalitionsvertrag einer zukünftigen Regierung sollte genutzt werden, um sich bereits bestmöglich in Position zu bringen: Dazu könnte gehören, bestehende Materialien der Allianz zu überarbeiten, sie mit den neuesten rechtlichen Entscheidungen abzugleichen und kurze Überblicksdokumente mit konkreten Lösungsvorschlägen zu erstellen. Ein weiterer Fokus in dieser

Phase wäre es, auf die Stabilisierung und Weiterentwicklung der internen Strukturen der Geschäftsstelle zu fokussieren. Da sich ein Führungswechsel in der Geschäftsstelle abzeichnet, wird die Entwicklung eines erfolgsversprechenden Nachfolgemodells in absehbarer Zeit viel Ressourcen in Anspruch nehmen. Hier geht es nicht nur darum, mögliche Nachfolgeszenarien zu entwickeln, sondern auch bewusst die Teamstrukturen weiterzuentwickeln und in das Wissensmanagement und den -transfer zu investieren.

Insgesamt bietet diese Option die Möglichkeit, die Allianz langfristig zu stabilisieren und ihre Rolle als Schlüsselakteur für die Rechtssicherheit der politischen Willensbildung zu festigen. Durch die Kombination von organisatorischer Weiterentwicklung, professioneller Außenkommunikation und finanzieller Stabilität bleibt die Allianz auch in der Zukunft handlungsfähig und ein bedeutender Akteur im politischen Diskurs.

5.2.3 3. Option: Ausweitung und Neujustierung der Ziele der Allianz

Die dritte Option für eine mögliche zukünftige Entwicklung der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ besteht in einer strategischen Ausweitung des inhaltlichen Fokus und der thematischen Agenda. Diese Option sieht eine Weiterentwicklung der Allianz von einer „Single Issue“- zu einer „Multiple Issue“-Organisation vor, die sich breiter auf die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches politisches Engagement insgesamt konzentriert. Damit einher ginge die Notwendigkeit, auch strukturell die notwendige Basis dafür zu schaffen.

5.2.3.1 Strategische Ausweitung

Die strategische Weiterentwicklung der Allianz, wie sie in der dritten Option „Ausweitung (multiple issues)“ dargelegt wird, zielt darauf ab, die Lobby-Strategie der Organisation zu modernisieren und zu diversifizieren. Diese Weiterentwicklung umfasst eine Reihe von Maßnahmen, die darauf abzielen, die politische Kommunikation, die Reichweite und den Einfluss der Allianz nachhaltig zu erweitern und zu vertiefen. Die wichtigsten Elemente dieser strategischen Anpassung sind:

Diskursanalyse und Politische Kommunikation

Ein zentraler Bestandteil der strategischen Weiterentwicklung ist die detaillierte Analyse des politischen Diskurses. Dabei sollen die politischen Strömungen und Debatten gezielt beobachtet werden, um auf aktuelle Entwicklungen schnell reagieren zu können. Dies erfordert eine Anpassung der politischen Kommunikation, die sowohl in der Ansprache, den Formaten als auch bei den Gesichtern der Allianz variieren muss. Dies bedeutet, dass die Allianz ihre Botschaften und das Wording je nach Zielgruppe flexibel anpassen sollte, um ihre Reichweite und Akzeptanz zu maximieren.

Über „Bande spielen“ und regionale Lobbyarbeit

Die Themen der Allianz sollten idealerweise neben Lobbyaktivitäten auf Bundesebene zeitgleich in bottom-up Prozessen über mehreren Wahlkreisen „hochgespielt“ werden. Eine weitere Empfehlung lautet von daher, die Lobbyarbeit verstärkt auf Wahlkreisabgeordnete zu fokussieren, insbesondere bei den Parteien FDP und CDU, die über direkte Ansprachen in den Regionen gut erreichbar sind. Effektive Ansatzpunkte könnten hier Bürgersprechstunden sein oder lokale Allianz Mitglieder, die ihre Wahlkreiskandidaten zu einem Projektbesuch einladen und somit direkt ins Gespräch kommen. Wenn die Allianz zeigen kann, dass bestimmte Probleme nicht nur in städtischen Ballungszentren, sondern auch im ländlichen Raum bestehen, weckt dies stärkeres Interesse bei Abgeordneten und deren Wählern.

Ein strategischer Ansatz könnte auch sein, konservativere Abgeordnete zu identifizieren, die als akzeptable Gesprächspartner für FDP und CDU infrage kommen könnten. Durch die Ansprache über die

Wahlkreise können Themen wie die Rechtsunsicherheit nicht nur als Einzelmeinungen, sondern als Anliegen vielfältiger Interessen positioniert werden.

Vielfältigkeit der Interessen und politische Kommunikation

Die Allianz sollte die Vielfältigkeit der Interessen ihrer Mitglieder und Unterstützer stärker sichtbar machen. Hierbei ist es wichtig, die Themen sehr strukturiert und strategisch anzugehen, um zu vermeiden, dass sie als Einzelmeinungen erscheinen. Es wird empfohlen, dabei eine gezielte Diskursanalyse vorzunehmen, um die richtigen Frames und Botschaften zu setzen. Gerade die FDP könnte beispielsweise auf Basis von Grund- und Freiheitsrechten ansprechbar sein, weshalb eine Anpassung der politischen Kommunikation und Sprache, aber vielleicht auch der agierenden Personen erforderlich wäre. Diese gezielten Botschaften könnten die Akzeptanz der Allianz erhöhen und die Bereitschaft zur Unterstützung fördern.

Gesetzesinitiativen und Evaluierung

Die Allianz sollte darauf vorbereitet sein, ihre Anliegen auch in zukünftige Gesetzgebungsprozess einzubringen, die jedes Jahr über das Jahressteuergesetz gegeben sind. Eine Evaluierung der Auswirkungen eines möglichen neuen Gesetzes, insbesondere der Effektivität der aktuellen Regelungen zur Rechtsunsicherheit, könnte eine solide Grundlage für zukünftige Veränderungen bieten. Wenn nachgewiesen werden kann, dass die Rechtsunsicherheit verbessert wurde, hätten Parteien wie die Grünen eine starke Basis, um weiter für Reformen einzutreten.

Einbindung der Mitglieder in die Forderungsentwicklung

Die Mitglieder der Allianz sollten systematisch stärker in die inhaltliche Gestaltung und Priorisierung der politischen Ziele – und perspektivisch auch eine Namensanpassung der Allianz - eingebunden werden. Hierzu wird vorgeschlagen, mit den Mitgliedern 3–5 zentrale Forderungen zu definieren, die dann geschlossen in die Lobbyarbeit der Allianz einfließen. Dies stärkt nicht nur die interne Kohärenz und das Gefühl der Mitbestimmung innerhalb der Allianz, sondern könnte auch die Durchschlagskraft der Forderungen nach außen erhöhen.

5.2.3.2 Strukturelle Anpassungen und Ausweitungen

Solide finanzielle Basis (Mischfinanzierung)

Ein zentrales Argument für die strukturelle Weiterentwicklung liegt in der Notwendigkeit einer soliden und nachhaltigen finanziellen Basis. Diese soll über ein Mischfinanzierungsmodell erreicht werden, das auf mehreren Säulen basiert:

- **Direkte Spendenwerbung:** Um finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen und flexibler auf Herausforderungen reagieren zu können, wird vorgeschlagen, verstärkt auf direkte Spendenwerbung zu setzen. Um hier nicht in Konkurrenz zu den Mitgliedsorganisationen zu treten, bräuchte es hier eher eine starke Fokussierung auf ausgewählte Großspender:innen.
- **Erhöhung der Mitgliedsbeiträge:** Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, um eine größere finanzielle Bewegungsfreiheit und Stabilität zu erzielen. Höhere Beiträge sollen die Grundsicherung der Allianz gewährleisten und langfristig eine verlässlichere Planungsgrundlage bieten. Eine Erhöhung von Mitgliedsbeiträgen sollte allerdings gut mit den Mitgliedern abgesprochen sein und genau auf die Möglichkeiten der Mitgliedsorganisationen abgestimmt sein.

- **Fördermittel auf Projektbasis:** Neben Spenden und Mitgliedsbeiträgen bräuchte es auch weiterhin die Unterstützung über zumeist formell Projekt-basierte Förderprogramme. Dies erlaubt eine gezielte Finanzierung einzelner Aktivitäten und eine Erhöhung der personellen Kapazitäten der Allianz. Hierbei könnten vor allem Möglichkeiten zur Kooperation mit internationalen Stiftungen (z. B. ECNL, ICNL, Ford Foundation) sowie nationalen Stiftungen (z. B. Körber-Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stiftung Mercator, Schöpflin Stiftung oder Allianz Foundation) ausgelotet werden. Grade Stiftungen erkennen zunehmend an, dass es parallel zu einer Projekt- bzw. Aktivitätenförderung gerade bei kleineren Organisationen oft auch eine begleitende Unterstützung für die Professionalisierung und Stabilisierung der Organisation durch begleitenden Organisationsentwicklung bedarf. Eine derartige Möglichkeit sollte gezielt ausgelotet werden. Die Rolle einer bestehenden **Brot für die Welt (BfdW)**-Förderung wird hier förderlich für die Anbahnung anderer Förderpartnerschaften angesehen.

Strukturelle Solidität

Die zweite Säule der strukturellen Weiterentwicklung würde sich auf die Schaffung von internen Strukturen konzentrieren, die eine professionelle und effiziente Arbeitsweise ermöglichen. Zu diesen Maßnahmen gehören:

- **Teamvergrößerung:** Es wird vorgeschlagen, das Team der Allianz auf 5–6 Personen auszubauen, um die wachsenden Arbeitsanforderungen zu bewältigen. Dies trägt dazu bei, eine stärkere Spezialisierung zu ermöglichen und den individuellen Arbeitsaufwand zu reduzieren.
- **Diversität und Seniorität:** Um die langfristige Stabilität und Innovationskraft der Allianz zu fördern, sollte ein ausgewogenes Verhältnis zwischen erfahrenen Mitarbeitenden und dem Aufbau jüngerer Mitarbeitender angestrebt werden. Dies fördert den Wissensaustausch und stellt sicher, dass die Organisation flexibel und anpassungsfähig bleibt.
- **Entwicklung eines Gesamtkonstrukts Geschäftsstelle–Vorstand–Beirat:** Strukturell soll ein klares Modell für die Zusammenarbeit zwischen Geschäftsführung, Vorstand und einem Beirat entwickelt werden. Dies stellt sicher, dass Entscheidungsprozesse klar geregelt und die verschiedenen Ebenen der Organisation miteinander verknüpft sind. Vor allem sollte darauf geachtet werden, dass zukünftige Vorstände/Beiräte über genügend zeitliche Ressourcen verfügen, um sich zuweilen, wenn nicht, aktiv in die Arbeit der Allianz einbringen zu können. Hier könnten Führungskräfte von relevanten politisch aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen auf dem Weg in den Ruhestand eine potentielle Gruppe darstellen.

6 Schlusswort

Die Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" hat durch ihre Arbeit wesentlich den Diskurs über Rechtssicherheit für zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich politisch einbringen, beeinflusst. Die vorliegende Evaluierung zeigt, dass sie trotz der herausfordernden politischen Rahmenbedingungen erfolgreich war, die Öffentlichkeit für die Problematik zu sensibilisieren, politische Akteure auf die notwendige Reform des Gemeinnützigkeitsrechts aufmerksam zu machen und sie dazu zu bringen, sich zu positionieren. Dies zeigt sich in der Aufnahme des Themas Gemeinnützigkeitsrecht in den Koalitionsvertrag und der intensiven Debatten seitdem. Ihre inhaltlichen Impulse und Inputs finden viel Beachtung und werden in politischen Prozessen aufgegriffen.

Nichtsdestotrotz hat sich an der grundlegenden Gesetzeslage bis dato nichts verändert. In Anerkennung dessen, dass Gesetzgebungsprozesse langfristige Prozesse sind und insbesondere die Gesetzgebung rund um das Thema Gemeinnützigkeit lang gewachsen und Veränderungen hochkomplex sind, waren sich die überwiegende Mehrheit der im Rahmen der Evaluation befragten Akteur:innen einig, dass die Rolle der Allianz langfristig noch gebraucht wird und eine hohe Relevanz hat. Um diese Rolle auch

zukünftig noch effektiv und unter Nutzung neuer strategischer Ansätze ausüben zu können, braucht es in einigen Bereichen eine Professionalisierung wie des Wissensmanagement, der politischen Kommunikation und der Stabilisierung und Verbreiterung der internen Strukturen

Für grundlegende Entscheidungen, welche die strategische Neuausrichtung der Allianz betreffen bräuchte es eine Aktivierung und Miteinbeziehung der Mitglieder, um die Weiterentwicklung mit Kraft und Veränderungsdrive voranzutreiben.

7 Literaturverzeichnis

Projektdokumente: Jahresberichte, Infomails, Newsletter, Politikupdates, Projektberichte, Website der Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung": www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de

Diefenbach-Trommer, Stefan (2022), „Erlass zu Gemeinnützigkeit schafft Erleichterung und Unklarheit“, in: Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, 6/2022, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Drucksache 20/13079: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/130/2013079.pdf>

Europäische Kommission (2024), Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen: Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2024. Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland. Begleitunterlage zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2024: Brüssel. Abgerufen unter: https://commission.europa.eu/document/download/3d1a2f80-5989-4364-a9e6-d925d4a1c900_de?filename=17_1_58059_coun_chap_germany_de.pdf

<https://www.stiftungen.org/aktuelles/pressemitteilungen/mitteilung/neustart-gemeinnuetzigkeit-fuer-mehr-rechtssicherheit-und-buerokratieabbau-im-dritten-sektor-13068.html>

<https://blog.wikimedia.de/2024/07/15/was-sich-im-gemeinnuetzigeitsrecht-aendern-muss/>

<https://www.maecenata.eu/2024/05/29/pressemitteilung-offener-brief-zur-reform-des-gemeinnuetzigeitsrechts/>

Poppe, Annika Elena; Wolff, Jonas (2017), „Schlechtes Vorbild Deutschland. Der Fall Attac im Licht globaler Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume“, in: PRIF Spotlight 02/2017, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

Ramthun, Christian, Die Grüne, das Gute und das Geld - Familienministerin Lisa Paus will politisch aktive NGOs pappeln – doch die FDP ist dagegen. Ein neuer Ampelkulturmampf entbrennt, in: Die Wirtschaftswoche, Ausgabe Nr. 13/2022.

Schubert, Peter; Ens, Mattheo; Tahmaz, Birthe, Gefährdet Politische Arbeit den Status der Gemeinnützigkeit? Empirische Funde, Rechtslage und Handlungsbedarfe, in: Policy Paper No. 7, August 2023, Stifterverband.

Schubert, Peter; Kuhn, David; Tahmaz, Birthe, Ziviz Survey 2023, Zivilgesellschaftliche Organisationen im Wandel – Gestaltungspotenziale erkennen. Resilienz und Vielfalt stärken, Stifterverband: Essen.

Tagesschau: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/gemeinnuetzigkeit-afd-100.html>

Troschke, H. (2024). Zivilgesellschaft in Deutschland: Daten, Fakten, Entwicklungen. (Opuscula, 188). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-93241-7>.

Annex 1: Anonymisierte Übersicht der Interviewpartner

Nummer	Gruppe	Organisation
1	Angestellte	Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ e.V.
2	Angestellte	Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ e.V.
3	Angestellte	Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ e.V.
4	Mitglied	ehemaliges Beiratsmitglied
5	Mitglied	ehemaliges Beiratsmitglied
6	Mitglied	derzeitiges Beiratsmitglied
7	Mitglied	derzeitiges Beiratsmitglied
8	Mitglied	derzeitiges Beiratsmitglied
9	Mitglied	derzeitiges Beiratsmitglied
10	Mitglied	
11	Expert:in	Ruhr-Universität Bochum
12	Expert:in	Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
13	Expert:in	Rechtsanwalt
14	Politik	SPD, MdB
15	Politik	Bundesfinanzministerium
16	Politik	Grüne, MdB
17	Verbände	OSF - Open Society Foundation
18	Verbände	Venro
19	Verbände	Bundesverband Deutscher Stiftungen
20	Verbände	Bündnis für Gemeinnützigkeit
21	Presse	Freier Journalist

Annex 2: Terms of Reference

Terms of Reference für Evaluation des Projekts „Gemeinnützigkeit und Advocacy-Arbeit (Fortführung)“ der Allianz Rechtssicherheit für politische Willens- bildung e.V.

Einführung und Zielsetzung der Evaluation

Die Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ e.V. ist ein Zusammenschluss aus fast 200 zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Sitz in Marburg, die sowohl europaweit, bundesweit als auch regional tätig sind. Ihre Forderung lautet, die Gemeinnützigkeit für Organisationen der Zivilgesellschaft zu sichern, die Beiträge zur politischen Willensbildung leisten.

Organisationen, die Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen wollen, etwa durch Advocacy-Arbeit, gefährden in Deutschland ihre Gemeinnützigkeit, da nach aktueller Rechtslage politische Betätigungen durch das Gemeinnützigenrecht eng beschränkt werden.

Die Allianz setzt sich für eine Änderung des bestehenden Rechtsrahmens ein, um eine demokratische Teilhabe und eine Interessenvertretung aller gesellschaftlichen Gruppen und Betroffenen zu ermöglichen.

Finanziell gefördert werden wir durch das Hilfswerk Brot für die Welt (BfdW), durch OSF (bis Ende 2023) und unsere Mitglieder-Organisationen (siehe [hier](#)).

Über BfdW und Eigenmittel wird das Projekt *Gemeinnützigkeit und Advocacy-Arbeit (Fortführung)* gefördert, mit einer Laufzeit von 01.01.2023- 31.12.2024 (Gesamtbudget: 296.000 EUR), das nun erstmals evaluiert

werden soll. Als allgemeines Ziel des Projektes kann die Rechtssicherheit, die Stärkung und der Schutz zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland/Europa? benannt werden, die konkreten Ziele werden weiter unten ausführlich benannt.

Im Rahmen der BfdW-Förderung steht eine Evaluation des Projekts an. BfdW unterstützt die Allianz seit 2016. Für den Zeitraum von März bis April 2024 (verhandelbar) sucht die Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ e.V. eine*n externe*n Evaluator*in, um im Rahmen der Projektförderung von Brot für die Welt die Arbeit der Allianz auszuwerten. Ziele und Indikatoren des zu evaluierendes Projektes sind:

Ziel/e	Indikator/en
Ziel 1	Indikator 1.1

Die Regierung schafft Rechtssicherheit für zivilgesellschaftliche Organisationen, die (auch) zur politischen Willensbildung beitragen.	Bis Ende 2024, berät und beschließt der Bundestag eine Gesetzesänderung, die Rechtssicherheit im Gemeinnützigenrecht herstellt.
	Indikator 1.2
	Bis Projektende, setzen Bundesfinanzministerium und Landesfinanzministerien diese Änderungen im Anwendungserlass zur Abgabeordnung um.
Ziel 2	Indikator 2.1
Die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen in einer modernen Demokratie wird gestärkt und geschützt.	Der Bundestag oder seine Gremien beraten über Möglichkeiten, die Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements zu stärken (z.B. durch Errichtung einer Enquete-Kommission, Schaffung eines verantwortlichen Hauptausschuss im Bundestag).
	Indikator 2.2
	Bis Projektende, legt mindestens eine der Regierungsparteien bzw. -fraktionen ein Konzept zum nachhaltigen Schutz und Stärkung von zivilgesellschaftlicher Beteiligung in einer modernen Demokratie vor.

Zielgruppen des Projekts sind gemeinnützige zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland sowie Politiker:innen und Verwaltungsgehörige mit Schlüsselstellungen in zuständigen Ministerien, Bundestag, Landesparlamenten und der Parteien.

Haupt-Maßnahmen des Projekts sind im Bereich der Lobby-Arbeit: Treffen mit Politiker:innen und Verbänden; Veröffentlichungen wie z.B. Pressemitteilungen; Zusammenarbeit mit Mitgliedsorganisationen (Fachgespräche, Reaktion auf politische Initiativen).

Ziele der Evaluierung:

Insbesondere geht es darum, zu bewerten, inwieweit die Projektziele erreicht wurden und welche Herangehensweisen und Maßnahmen dazu einen Beitrag geleistet haben.

Die geplante Evaluation soll optimal ausgeschöpft werden, um nicht nur den aktuellen Zustand der Projektarbeit zu analysieren, sondern auch gemeinsam potenzielle zukünftige Projekt-Entwicklungen zu erkunden. Außerdem soll erfasst werden, welchen Stellenwert die Allianz mit ihrer Arbeit aus der Perspektive der unterschiedlichen Akteursgruppen hat (siehe Methoden).

Dabei soll sowohl die derzeitige Ausgangslage der Projektarbeit näher beschrieben und kritisch betrachtet, als auch Möglichkeiten zur Optimierung erarbeitet werden (Empfehlungen).

1. Schlüsselfragen

Der*die Gutachter*in soll besonderes Augenmerk auf die hier an DAC-Kriterien angelehnten formulierten Fragen legen, auf die eine Antwort gefunden werden soll. Gender oder andere Querschnittsthemen wie Umweltwirkungen und Inklusion von Menschen mit Behinderung sollten

in den Evaluationsfragen berücksichtigt werden.

Relevanz

Zur Relevanz soll insbesondere die Frage geklärt werden, inwieweit die Projektziele auf die Bedürfnisse der Zielgruppe ausgerichtet sind.

Kohärenz

Unter diesem Gesichtspunkt soll geklärt werden, inwieweit die Projektkonzeption sowie ihre Umsetzung mit den Aktivitäten anderer Geber abgestimmt sind. Zudem, inwieweit das Projekt konsistent mit internationalem und nationalen Normen (wie z. B. Menschenrechte) ist und inwieweit bestehende Systeme und Strukturen (von Partnern/anderen Gebern/internationalen Organisationen) für die Umsetzung der Aktivitäten genutzt werden.

Effektivität

Bei der Effektivität interessiert uns, inwieweit unsere Projektziele erreicht wurden bzw. voraussichtlich erreicht werden und wie unsere Aktivitäten zur Erreichung der Projektziele beigetragen haben.

Effizienz

Uns interessiert sowohl die Produktionseffizienz, also wurden die Inputs des Projekts im Verhältnis zum erbrachten Output sparsam eingesetzt; als auch die Allokationseffizienz, also inwieweit ist das Verhältnis zwischen den Inputs und den erzielten Wirkungen des Projekts angemessen?

Wirkung (Impact)

Inwieweit sind Wirkungen des Projekts sichtbar? Damit sind sowohl intendierte und nicht-intendierte, als auch positive und negative Wirkungen gemeint. Weiterhin ist zu untersuchen, Welche Faktoren für die Wirkungen ausschlaggebend waren, ob das Projekt zu strukturellen/institutionellen Veränderungen beigetragen hat und ob es breitenwirksam war.

Nachhaltigkeit

Uns interessiert die Nachhaltigkeit des Projektes. Es soll überprüft werden, ob die positiven Wirkungen des Projektes dauerhaft sind, aber auch welche Risiken und welche Potentiale sich für die nachhaltige Wirksamkeit des Projekts abzeichnen?

2. Evaluationsdesign/ Methoden

Die Arbeit der Allianz erfährt maßgebliche Unterstützung durch ihre organisatorische Struktur und ihr Netzwerk. Diverse Mitgliedsorganisationen tragen, auch finanziell dazu bei, die Ziele und Aufgaben der Allianz zu fördern und zu stärken. Daher sollen in der Evaluation verschiedene Vertreter*innen von Mitgliedsorganisationen der Allianz befragt werden. Außerdem sollen Kontakte aus Politik und Presse, sowie Expert*innen zum Thema Gemeinnützige Recht und Zivilgesellschaft in die Evaluation eingebunden werden (Projekt-Zielgruppen). Weiterhin sollen Projektberichte an Geldgeber, regelmäßige Newsletter oder andere

Informationsmedien der Allianz, Korrespondenzen mit verschiedenen Akteursgruppen sowie Clippings von öffentlichen Medieninhalten ausgewertet werden. Auch Gespräche mit dem Projektteam sind erwünscht. Bei der Untersuchung sollen dabei die Qualitätsstandards für die Entwicklungsevaluierung der OECD-DAC berücksichtigt werden.

3. Ablauf der Evaluation/ Zeitplan

- Ausschreibung und Bewerbung: 19.01.24-16.02.24
- Evaluierungsprozess: März/April 2024 (verhandelbar)
- Abgabe Entwurfsbericht bis spätestens 10.05.24; finaler Bericht Ende Mai 2024

4. Erwartete Produkte

Die Ergebnisse der Evaluation werden in Form von:

- einem Zwischenbericht,
- einem Entwurf des Endberichts und
- dem abschließenden Endbericht in deutscher Sprache erwartet.

5. Schlüsselqualifikationen der Gutachter_innen

- Erfahrung mit Evaluationen im Bereich von Advocacy und Politikprozessen sowie politischer Arbeit und mit dem Thema Zivilgesellschaft
- Erfahrung in der Arbeit mit komplexen Netzwerkstrukturen
- Erfahrung mit partizipativer Praxisforschung erwünscht

6. Inhalt des Angebots der Gutachter_innen

Bitte senden Sie uns ihr Angebot mit folgendem Inhalt ein

- Lebensläufe aller beteiligten Gutachter_innen
- Inhaltliches Angebot:
 - Skizze des geplanten Evaluationsablaufs
 - kurze Erläuterung und Begründung der zu verwendenden Methoden
- Finanzielles Angebot:
 - vollständiger Kostenvoranschlag, der sowohl das Honorar als auch alle anfallenden Nebenkosten wie Transport, Unterbringung, Steuern, Gebühren und Kosten von Workshops im Rahmen der Evaluation etc. enthält.

Das Angebot sollte bis **16.02.24 12.00 Uhr** schriftlich und ausschließlich per Email mit dem Betreff „Bewerbung Evaluation Brot für die Welt“ in einer pdf-Datei (zusammengefügt, max. 3 MB, im Format „Bewerbung_EvaluationBrot_Nachname.pdf“) an info@zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de gesendet werden.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte auch an:

Frau Valerie Hübner huebner@zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de
Tel.: 06421/620122

Bitte beachten Sie unsere Hinweise zum Datenschutz:

Mit der Übersendung Ihrer Bewerbungsunterlagen geben Sie uns die Einwilligung, Ihre von Ihnen übersendeten personenbezogenen Daten zum Zweck der Durchführung des Bewerbungsverfahrens zu verarbeiten (vgl. Art. 6 DSGVO).

Sechs Monate nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden Ihre elektronisch übermittelten Daten gelöscht, es sei denn, sie werden zum Zweck der Anstellung weiter benötigt.